

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Tendenzen der Wirtschafts- entwicklung 2005/2006

Weltwirtschaft in ruhigem Fahrwasser

Arbeitskreis
Konjunktur
asteinherr@diw.de

Im Verlauf des Winterhalbjahres hat die Konjunktur weltweit an Fahrt verloren; gleichwohl war das Expansionstempo – gestützt von weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen und hohen Gewinnen – noch hoch. Gedämpft wurde die Weltkonjunktur durch steigende Rohstoffpreise und eine deutliche Straffung der Wirtschaftspolitik in einigen Ländern. Im Euroraum und in Japan belastete zudem eine weitere Aufwertung die Exporttätigkeit.

Im Prognosezeitraum wird sich die globale konjunkturelle Dynamik nicht wieder beschleunigen. In den USA, wo der Aufschwung von einer nach wie vor regen Investitionstätigkeit und einem ungebrochen kräftigen privaten Verbrauch getragen wird, dürfte bei zuletzt deutlich gestiegenem Preisdruck die weitere geldpolitische Straffung allmählich zu einer langsameren Gangart führen. Nach 3,5% in diesem Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr etwas schwächer – um 3,2% – zunehmen (Tabelle 1).

In China und anderen asiatischen Ländern flachen sich die hohen Wachstumsraten allerdings ab. In Japan scheinen die deflationären Tendenzen allmählich zum Stillstand zu kommen; steigende Profite, eine bessere Verbrauchskonjunktur und immer noch gute Exportchancen lassen eine Belebung erwarten. Das Bruttoinlandsprodukt wird dort in diesem Jahr um 1% und im nächsten Jahr wohl um 2% zulegen. Für den ostasiatischen Raum insgesamt wird die Produktion in diesem und im nächsten Jahr um jeweils rund 4½% ausgeweitet.

Allerdings gibt es Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehören das immer noch zunehmende Leistungsbilanzdefizit der USA sowie die Entwicklung an den Rohstoffmärkten. Insbesondere das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der USA wird von den Finanzmärkten mit Sorge betrachtet, auch weil die daraus resultierenden Portfolioumschichtungen den Aufwertungsdruck auf andere Regionen erhöhen und – für sich genommen – die Wettbewerbsfähigkeit dort belasten könnten. Allerdings ist offen, wann dies eintritt und wer die Last der Anpassung zu tragen hätte. So wird das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit derzeit in hohem und zunehmendem Maße durch die Ankäufe US-amerikanischer Staatsanleihen durch asiatische Notenbanken gestützt; der Anteil der US-amerikanischen Staatsschuld, der von nichtprivaten ausländischen Investoren gehalten wird, stieg in den vergangenen Jahren um etwa 10 Prozentpunkte und liegt derzeit bei über 25% der öffentlichen Verschuldung. Solange die Finanzmarktakteure bereit sind, das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit bei gegebenen – im historischen Vergleich niedrigen – langfristigen

Nr. 26-27/2005

72. Jahrgang/29. Juni 2005

Inhalt

**Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung
2005/2006**

Weltwirtschaft in ruhigem Fahrwasser
Seite **403**

Die wirtschaftliche Lage in der Euro-
päischen Union
Seite **406**

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland
Seite **410**

Wirtschaftspolitik
Seite **417**

Inflationsdifferenzen im Euroraum
Seite **422**

**Die wichtigsten Daten der Volks-
wirtschaftlichen Gesamtrechnung
für Deutschland**
Seite **425**

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr						2004	2005	2006
			2004	2005	2006	2004	2005	2006			
Deutschland	8,8	–	1,6	0,9	1,5	1,7	1,6	1,4	9,5	10,3	9,5
Frankreich	6,6	12,9	2,3	1,7	2,2	2,3	1,8	1,5	9,6	9,9	9,7
Italien	5,5	9,0	1,2	–0,7	1,0	2,3	2,0	1,8	8,1	8,1	8,3
Spanien	3,2	6,3	3,1	3,5	3,1	3,0	3,2	3,2	10,8	10,0	9,5
Niederlande	1,9	7,8	1,4	0,4	1,8	1,4	1,2	–2,5	4,7	5,1	5,0
Belgien	1,1	7,1	2,9	1,5	2,3	1,9	2,1	1,8	7,8	8,0	7,8
Österreich	1,0	6,8	2,0	1,8	2,2	1,9	2,0	1,9	4,5	4,6	4,4
Griechenland	0,7	1,3	4,2	2,3	2,5	3,0	3,2	2,8	10,4	10,5	10,5
Finnland	0,6	1,1	3,3	2,4	3,0	0,2	0,6	1,5	8,9	8,7	8,5
Irland	0,6	1,2	5,4	4,5	5,0	2,3	2,0	2,4	4,5	4,2	4,0
Portugal	0,5	0,7	1,0	0,3	1,8	2,5	1,9	1,9	6,7	7,3	7,2
Luxemburg	0,1	0,6	4,5	3,8	4,0	3,2	3,6	2,8	4,2	4,5	4,2
Euroraum³	30,6	–	2,0	1,2	1,9	2,1	1,9	1,5	8,8	9,0	8,7
EWU-Länder ohne Deutschland	21,8	–	2,2	1,3	2,1	2,3	2,1	1,6	8,5	8,5	8,4
EWU-Länder ohne Deutschland ⁴	–	54,7	2,2	1,4	2,1	2,1	2,0	1,3	–	–	–
Großbritannien	6,9	10,5	3,1	2,7	2,7	1,3	1,8	1,9	4,7	4,8	4,8
Schweden	1,1	2,7	3,5	2,8	2,3	1,0	0,8	1,5	6,4	6,0	5,9
Dänemark	0,8	1,9	2,4	2,2	1,9	0,9	2,0	1,7	5,4	5,3	5,2
EU-15³	39,5	–	2,3	1,5	2,1	1,9	1,9	1,6	8,0	8,2	8,0
Polen	0,8	3,2	5,5	2,5	4,0	3,6	2,4	2,3	18,8	17,8	17,4
Tschechien	0,3	3,1	4,4	4,2	4,4	2,8	1,5	2,1	8,3	8,1	7,9
Ungarn	0,3	2,1	4,1	3,4	3,8	6,8	3,8	4,3	5,9	6,4	6,3
Slowakei	0,1	1,0	5,5	5,0	4,7	7,5	2,4	2,8	18,0	15,6	15,1
Slowenien	0,1	0,5	4,6	2,7	3,8	3,6	2,0	2,0	6,0	5,9	5,7
Litauen	0,1	0,3	6,7	5,8	7,0	1,2	2,3	2,4	10,8	8,2	7,2
Lettland	0,0	0,1	8,5	6,8	6,0	6,2	6,4	6,2	9,8	9,3	8,8
Estland	0,0	0,1	6,1	7,0	5,5	3,0	3,3	3,1	9,2	7,8	7,0
Schweiz	1,2	4,8	1,7	2,0	2,0	0,8	0,8	0,8	4,4	3,8	3,6
Norwegen	0,8	0,9	2,9	2,6	2,4	0,6	1,8	2,0	4,4	4,3	4,2
West- und Mitteleuropa³	43,4	–	2,4	1,6	2,2	2,0	1,9	1,6	8,8	8,9	8,6
USA	38,1	11,1	4,4	3,5	3,2	2,7	3,3	3,0	5,5	5,2	5,0
Japan	15,3	2,2	2,7	1,0	2,0	0,0	0,0	0,2	4,7	4,6	4,4
Kanada	3,2	0,8	2,8	2,7	2,8	1,8	1,9	2,0	7,2	7,0	6,9
Insgesamt³	100,0	–	3,2	2,3	2,6	1,9	2,1	1,9	7,1	6,9	6,7
Insgesamt ohne Deutschland	91,2	–	3,4	2,4	2,7	2,0	2,2	2,0	6,8	6,6	6,4
<i>Nachrichtlich:</i>											
Insgesamt, exportgewichtet ⁴	–	100,0	2,9	2,1	2,5	2,2	2,0	1,7	–	–	–

¹ EU-15 und Norwegen: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.² Standardisiert.³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2005 bis 2006: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Zinssätzen zu finanzieren, besteht keine weitere Aufwertungsgefahr in größerem Ausmaß für andere Regionen. Insgesamt scheint sich damit eine ähnliche Situation wie im System von Bretton Woods mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen anzudeuten: Es gibt eine US-Dollar-Währungszone mit einem Leitwährungsland (hohes Leistungsbilanzdefizit, Anlage- und Transak-

tionswährung) und darum gruppierten peripheren Ländern, die auf exportgeleitetes Wachstum bei aufwertungsverdächtigen und damit tendenziell zu tief bewerteten Wechselkursen setzen.¹ Exem-

¹ Vgl. M. Dooley, D. Folkerts-Landau und P. Garber: The Revived Bretton Woods System: The Effects of Periphery Intervention and Reserve Management on Interest Rates and Exchange Rates in Center Countries. NBER Working Paper 10332. Cambridge, Mass. 2004.

plarisches dafür ist China, das in den letzten Jahren allen Aufwertungstendenzen durch massive Dollarankäufe – teilweise in zweistelligem Milliardenumfang pro Monat – trotzte und somit seine Wettbewerbsfähigkeit hoch hielt. Die Interventionsmöglichkeiten der betreffenden Zentralbanken sind

– anders als im Falle abwertungsverdächtiger Länder, die von Fremdwährungsabflüssen bedroht sind – im Prinzip uneingeschränkt, da die heimische Währung unbegrenzt emittiert werden kann. Deshalb spricht vieles dafür, dass die Konstellation im Prognosezeitraum stabil bleibt.

Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Höheres Wachstum in den Nicht-EWU-Ländern

Innerhalb der Europäischen Union haben sich die Länder, die nicht dem Euroraum angehören, im Durchschnitt deutlich besser entwickelt als die Volkswirtschaften im Euroraum. In *Großbritannien* ist die gesamtwirtschaftliche Expansion seit dem vergangenen Jahr weiter aufwärts gerichtet. Gestützt wurde die konjunkturelle Entwicklung vor allem von den Unternehmensinvestitionen und den öffentlichen Ausgaben. Aber auch der private Verbrauch weitete sich noch spürbar, wenn auch mit etwas langsamerem Tempo, aus. Der Außenbeitrag dagegen blieb deutlich negativ.

Um Inflationsrisiken insbesondere im Immobilienbereich vorzubeugen, hatte die Bank of England den Leitzins von 2003 bis zum Sommer 2004 von 3½ % auf 4¾ % angehoben. Tatsächlich scheint – nach dem Boom bei den Wohnimmobilien – die angestrebte weiche Landung zu gelingen; auf die zunächst erwartete weitere Anhebung der Leitzinsen wurde verzichtet. Die Finanzpolitik, die in den vergangenen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung mit kräftig steigenden Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen und das Gesundheitswesen unterstützt hatte, schwenkt allmählich auf einen moderateren Pfad ein. Das Budgetdefizit, das im vergangenen Jahr auf rund 3½ % gestiegen war, wird bei guter Konjunktur in diesem Jahr voraussichtlich auf rund 3 % reduziert; von der Finanzpolitik werden also leicht restriktive Effekte ausgehen.

Im nächsten Jahr dürfte das Wachstum bei gut 2½ % liegen. Damit entwickelt sich das reale Bruttoinlandsprodukt annähernd im Tempo des Potentialwachstums. Die Inflationsrate bleibt etwa im Bereich des Zielwertes von 2 %. Die Arbeitslosenquote verharrt bei knapp 5 %, einem im europäischen Vergleich niedrigen Wert.

Seit Beginn des Jahres hat sich das Wachstum in den *neuen Mitgliedsländern* der EU insgesamt abgeschwächt; vor allem war dies in den mitteleuropäischen Ländern der Fall. Sowohl ein langsames Wachstum der Exporte als auch eine abnehmende Dynamik der Binnennachfrage waren die Gründe hierfür. Die privaten Konsumausgaben wurden durch höhere Inflationsraten nach dem Beitritt zur EU wie auch infolge der Lohnabschlüsse gedämpft. In einigen Fällen verringerte sich auch der Zuwachs der staatlichen Konsumausgaben. Am deutlichsten zeigt sich die Verlangsamung in Polen. Trotz der schwächeren Nachfrage aus dem Euroraum konnten einige Länder ihren Außenhandelsaldo im ers-

ten Quartal verbessern. So hatte die Tschechische Republik zum ersten Mal seit mehreren Jahren einen Überschuss in der Handelsbilanz zu verzeichnen. Dies geht nicht zuletzt auf die Inbetriebnahme exportorientierter Produktionsstätten zurück.

In den baltischen Ländern ist das Wachstum bei weiterhin hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten hingegen unverändert kräftig. Insbesondere in Lettland zeigen sich Anzeichen für eine Überhitzung; die Inflationsrate ist seit Mitte des vergangenen Jahres nur geringfügig gesunken. In den meisten anderen Ländern kam es trotz des Preisdrucks von Energiegütern zu einer Preisberuhigung, da die mit dem Beitritt zur EU verbundenen Effekte der Anhebung indirekter Steuern ausgelaufen sind. Die Arbeitslosenquoten sind vergleichsweise hoch, obwohl in einigen Ländern der Rückgang signifikant war.

Im Prognosezeitraum wird das Wachstum in den neuen Mitgliedsländern der EU weiterhin höher ausfallen als im Euroraum. Dazu wird neben der Konjunkturerholung im Euroraum ein Anziehen der Binnennachfrage beitragen. Der Konsum wird aufgrund moderater Lohnsteigerungen und der Konsolidierung in den Staatshaushalten allerdings keine ausgeprägte Dynamik aufweisen. Die Investitionen hingegen werden nicht zuletzt aufgrund der Förderung durch die EU in stärkerem Tempo wachsen.

Seit April nehmen sechs Länder am Wechselkursmechanismus WKM-II teil; neben Estland, Litauen und Slowenien, die schon im vergangenen Sommer dem WKM-II beigetreten waren, sind dies nun auch Lettland, Malta und Zypern. Die letzten zwei Länder wurden mit der Maßgabe aufgenommen, die Haushaltsdefizite zu verringern; Lettland muss die Inflationsrate nachhaltig senken. Im Prognosezeitraum werden für die drei erstgenannten Länder Konvergenzberichte erstellt, in denen die Einhaltung der Maastricht-Kriterien geprüft wird. Derzeit erfüllt nur Slowenien das Kriterium moderater Inflationsraten; in Estland liegt dieser Wert seit Jahresbeginn mit 4,6 % deutlich über dem Referenzwert von 2,7 %.

Schwache Dynamik im Euroraum

Im Euroraum hat sich die wirtschaftliche Lage seit Anfang des Jahres weiter eingetrübt. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts lag im ersten Quartal mit 0,5 % gegenüber dem Vorquartal

zwar höher als zuvor, war jedoch lediglich das Ergebnis der hohen Rate in Deutschland, die die konjunkturelle Entwicklung dort stark überzeichnet hatte. In den meisten Ländern des Euroraums hat die wirtschaftliche Dynamik abgenommen; der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum (ohne Deutschland) betrug nur noch 0,1 %.

Die starke Abschwächung des Wachstums geht vor allem auf den Außenhandel zurück. Die realen Exporte im Euroraum (ohne Deutschland) nahmen im ersten Quartal um nahezu 2 % ab; dieser Rückgang fiel deutlich stärker aus als jener der Importe. Seit der Jahresmitte 2004 hat vor allem der Anstieg des Ölpreises zusammen mit der Aufwertung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar die wirtschaftliche Expansion gebremst. Zudem spielt eine Rolle, dass dynamische Wachstumsregionen wie die asiatischen Länder oder auch die neuen Mitgliedsländer der EU Marktanteile gewinnen. Davon sind vor allem Länder wie Portugal oder Italien betroffen, die einen bedeutenden Anteil an arbeitsintensiven Industriezweigen aufweisen und in den vergangenen Jahren einen vergleichsweise hohen Anstieg der Lohnstückkosten zu verzeichnen hatten.

Der Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland konnte durch die binnenwirtschaftlichen Faktoren gerade kompensiert werden, wenngleich der private Konsum im ersten Quartal schwächer zunahm als im Jahresendquartal 2004. Die Anlageinvestitionen im Euroraum (ohne Deutschland) expandierten nur noch leicht, vor allem aufgrund der schwachen Entwicklung bei Ausrüstungen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist neben der schwächeren Auslastung der Kapazitäten, dass die höheren Öl- und Rohstoffpreise bei flauer Konjunktur kaum in die Endpreise überwälzt werden können. Auch die Unsicherheit über die künftige Entwicklung des Ölpreises spielt eine Rolle.

Die Beschäftigung nahm nach vorläufigen Angaben aus einigen Mitgliedsländern leicht zu. Dabei wurde der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie durch einen Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungsbereich überkompensiert. Die Arbeitslosenquote im Euroraum liegt seit Anfang des Jahres bei nahe 9 %.

Die Inflationsrate schwankt um 2 %. Ein Preisdruck kommt derzeit vor allem von den Energiepreisen, die im April um 10 % höher waren als ein Jahr zuvor. Die Kernrate der Inflation (HVPI ohne alkoholische Getränke, Tabak, Nahrungsmittel und Energie) hingegen war im April mit 1,3 % deutlich niedriger; sie sinkt seit Beginn des Jahres infolge der konjunkturellen Abschwächung, aber auch aufgrund der nominalen Aufwertung des Euro.

In der zweiten Jahreshälfte wird die wirtschaftliche Dynamik zunehmen. Bremsende Effekte durch Ölpreise und Wechselkurse dürften entfallen; zudem werden sich die Finanzierungsbedingungen noch etwas verbessern. Die Investitionen werden somit wieder stärker wachsen. Auch der private Konsum wird etwas kräftiger expandieren, da bei relativ stetiger Einkommensentwicklung die Sparquote etwas zurückgeht und die Belastung durch den Ölpreis nachlässt. Die Expansion der Weltwirtschaft wird die Exporte weiterhin stützen. Dennoch wird sich der Außenbeitrag in vielen Ländern nicht verbessern, weil der Wettbewerbsdruck durch die asiatischen Länder ebenso wie durch die neuen Mitgliedsländer der EU weiterhin hoch ist. Dies gilt insbesondere für Italien und Portugal.

Im Euroraum insgesamt wird für dieses Jahr ein Wachstum von 1,2 % erwartet; für die elf Länder ohne Deutschland dürften es 1,3 % sein. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr bei 9 % und im kommenden Jahr bei 8,7 % liegen. Die Inflationsrate wird bei Auslaufen der Effekte des Ölpreisanstiegs leicht sinken und im Jahresdurchschnitt 2005 1,9 % betragen (2006: 1,5 %).

Monetäre Lage: Realzins wieder gestiegen

Seit nunmehr zwei Jahren liegt der kurzfristige Zins (Dreimonatszins) im Euroraum bei 2,1 % (Abbildung 1). Gemessen an der Kernrate der Inflation ist der kurzfristige Zins real seit Herbst vergangenen Jahres allerdings gestiegen, von 0,1 % im November auf zuletzt 0,7 %. Die Rendite staatlicher Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren betrug zuletzt 3,6 %; in realer Rechnung entsprach dies etwa 1¾ %. Diese Raten sind im historischen Vergleich niedrig. Gleichwohl gehen vom Anstieg des kurzfristigen Realzinses dämpfende Effekte aus. Demgegenüber haben sich durch die Abwertung des Euro die monetären Rahmenbedingungen zuletzt wieder verbessert, nachdem sie zur Jahreswende vorübergehend restriktiver waren.

In der Prognose ist unterstellt, dass die EZB angesichts der drohenden konjunkturellen Abschwächung im Euroraum den Leitzins zur Jahresmitte 2005 um einen halben Prozentpunkt senken und danach auf diesem Niveau belassen wird. Angesichts der sehr moderaten Lohnentwicklung ergäbe sich hieraus keine Gefahr für die Preisentwicklung. Auch von der Geldmengenentwicklung gehen keine Inflationsgefahren aus; dies wird allenfalls mittelfristig für möglich gehalten.²

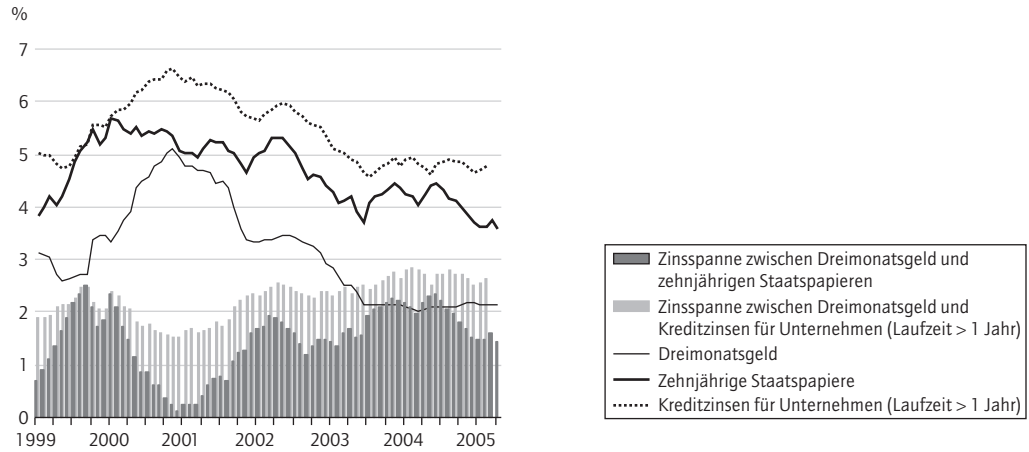
² Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2005, S. 306.

Abbildung 1

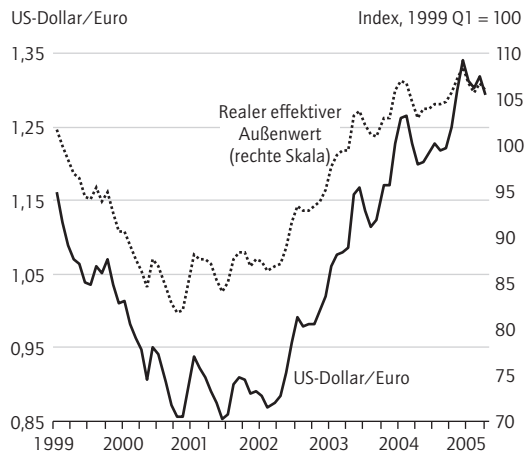
Zur monetären Lage im Euroraum

Januar 1999 bis April 2005

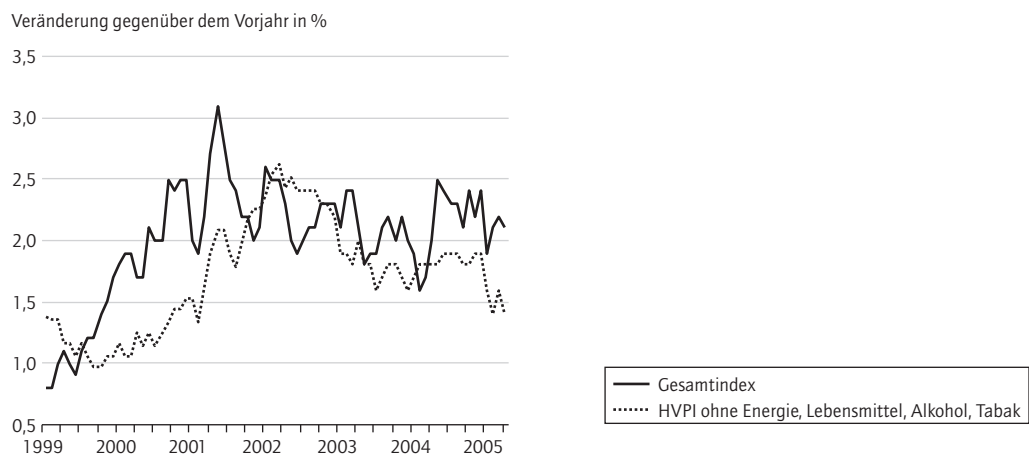
Ausgewählte Zinssätze und Zinsspannen¹



Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro² sowie realer effektiver Außenwert des Euro³



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



¹ Kreditzinsen ab Januar 2003: ein bis fünf Jahre; bis 1 Mill. Euro.
² Vor 1998 Wechselkurs zwischen US-Dollar und synthetischem Euro.

³ Gegenüber einem weiten Länderkreis, auf Basis der Verbraucherpreise.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Finanzpolitik leicht restriktiv

Die Lage der öffentlichen Haushalte im Euroraum hat sich in den vergangenen Jahren vor allem aufgrund der enttäuschenden konjunkturellen Entwicklung deutlich verschlechtert. Das aggregierte Defizit im Jahre 2004 betrug in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2,7 % (Tabelle 2); für die Jahre 2005/2006 hatte das DIW Berlin noch zu Jahresbeginn mit einer spürbaren Verbesserung gerechnet.³ Zu einer solchen Verbesserung wird es nach dem gegenwärtigen Stand nicht kommen. Zum einen ist die wirtschaftliche Dynamik deutlich schwächer. Zum anderen stellt sich für eine Reihe von Ländern die Haushaltslage nach den Revisionen der Rechensysteme ungünstiger als vorher dar. Dabei wirkt sich die systematische Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die Defizitquote zwar zumeist positiv aus, da das Bruttoinlandsprodukt nach der neuen Methodik im Allgemeinen höher ausfällt. In immer mehr Ländern kommt es allerdings wegen früherer – teilweise gewollter – Fehlbuchungen zu Korrekturen der Daten, die für die Vergangenheit zu erheblich höheren Defiziten und auch Defizitquoten führen.⁴ Die höhere Basis beeinflusst das Ergebnis im Prognosezeitraum.

In diesem Jahr dürfte das aggregierte Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für den Euroraum wie im Vorjahr bei mindestens 2,8 % liegen;

Tabelle 2

Entwicklung der Finanzierungssalden¹ der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern 2001 bis 2006

In % des nominalen BIP²

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	-2,8	-3,6	-3,8	-3,6	-3,5	-3,2
Frankreich	-1,5	-3,2	-4,2	-3,7	-3,3	-3,1
Italien	-2,6	-2,6	-3,1	-3,1	-3,7	-4,4
Spanien	-0,4	-0,3	0,3	-0,3	0,1	0,1
Niederlande	0,0	-1,9	-3,2	-2,5	-2,3	-1,9
Belgien	0,5	0,1	0,4	0,1	-0,3	-0,4
Österreich	0,3	-0,2	-1,1	-1,3	-2,0	-1,8
Finnland	5,2	4,3	2,5	2,1	1,7	1,7
Griechenland	-3,7	-4,1	-5,2	-6,1	-5,0	-4,1
Portugal	-4,4	-2,7	-2,9	-2,9	-6,5	-6,0
Irland	0,9	-0,4	0,2	1,3	-0,8	-0,5
Luxemburg	6,4	2,3	0,5	-1,1	-1,3	-1,6
Euroraum²	-1,6	-2,4	-2,8	-2,7	-2,8	-2,7

¹ Gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.² Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in Euro.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 2005 bis 2006: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

bei schwacher Wirtschaftsentwicklung wird es auch im Jahre 2006 keine Fortschritte geben.

³ Vgl.: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2005/2006. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 1-2/2005.⁴ Dies gilt neben Griechenland auch für Portugal und Italien, so dass auch diese Länder – neben Deutschland und Frankreich – das Defizitkriterium von 3 % schon in den letzten zwei Jahren verletzt haben oder es spätestens in diesem Jahr (Portugal) tun werden.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick: Kräftiger Aufschwung nicht in Sicht

Bisher haben sich die Hoffnungen auf einen Aufschwung in diesem Jahr nicht erfüllt, obwohl im ersten Quartal die Wachstumsrate – gegenüber dem Vorquartal – immerhin 1 % betrug. Die Hoffnungen beruhten darauf, dass sich die massiven außenwirtschaftlichen Impulse auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung übertragen und dort – über eine Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern – zu einer Erhöhung der Einkommen und der Konsumnachfrage führen. Hierzu ist es jedoch nicht gekommen, obwohl sich die außenwirtschaftliche Nachfrage weiterhin sehr positiv entwickelte und auch Ausrüstungsinvestitionen sowie die Investitionen in sonstige Anlagen (z. B. Urheberrechte und selbst erstellte Software) zugelegt haben. Es ist vor allem die Schwäche der privaten Konsumausgaben, die einen positiveren gesamtwirtschaftlichen Verlauf verhindert. Maßgeblich hierfür sind die schwache Einkommensentwicklung sowie die schlechten Arbeitsmarktperspektiven. Auch die Bauinvestitionen bremsen die Entwicklung. Zudem gehen von den öffentlichen Haushalten trotz der Steuerentlastungen keine expansiven Impulse aus.

Der scheinbar geglückte Start in dieses Jahr überdeckt die schwache konjunkturelle Grundtendenz. Sie ist Ausdruck einer gespaltenen Entwicklung: Der Funke der boomenden Exporttätigkeit vermag nicht auf die Binnennachfrage überzuspringen. Die überraschend hohe Wachstumsrate im ersten Quartal war ausschließlich auf den regen Außenhandel zurückzuführen; die privaten und staatlichen Konsumausgaben gingen preisbereinigt um 0,6 % zurück (Abbildung 2). Die Wachstumsrate wurde durch einen technischen Effekt, nämlich durch die Kalender- und Saisonbereinigung, überzeichnet.⁵

Im zweiten Quartal tritt ein entgegengesetzter Effekt ein. Einen Hinweis auf die schwache konjunkturelle Grundtendenz liefert ein Blick auf den Durchschnitt der Quartale: Vom vierten Quartal 2004 bis zum (geschätzten) zweiten Quartal 2005 errechnet sich eine Rate von lediglich 0,3 %. Ein ungünstiges Ergebnis für das zweite Quartal ist auch deshalb zu erwarten, weil sich die Auftragsengänge in der Industrie im ersten Quartal leicht verringerten und die Stimmungsindikatoren verschlechterten. Ausschlaggebend für den Auftragsrückgang waren geringere Bestellungen aus dem Inland. Zugleich schwächte sich das ifo-Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft weiter ab, und auch die vom ZEW befragten Finanzanalysten schätzten die konjunkturelle Entwicklung schlechter ein als zuvor. Ein wichtiger Grund für den Pessimismus dürften die anhaltend hohen Ölpreise sein; die jüngste Abwertung des Euro hat zum Zeitpunkt der Befragung hingegen noch keine Rolle gespielt.

Das DIW Berlin erwartet, dass die konjunkturelle Schwäche im zweiten Halbjahr zwar langsam überwunden wird, die Erholung aber nur moderat ausfällt (zu den Annahmen für die Prognose vgl. Kasten 1). Dabei kommen die Impulse weiterhin fast ausschließlich von der Auslandsnachfrage. Die jüngste Abwertung des Euro dürfte dazu beitragen, dass die deutschen Unternehmen auf den Auslandsmärkten außerhalb der Eurozone zusätzlich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und ihr Marktanteil steigt. Dadurch wird die leicht abgeschwächte Nachfrage nach deutschen Produkten infolge der

⁵ Im Dezember 2004 war die Zahl der Arbeitstage höher, während sie im März 2005 wegen des früh gelegenen Osterfestes niedriger war; durch die arbeitstägliche Bereinigung wird versucht, diese Unterschiede auszuschalten. Vgl. auch Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 2005, S. 36 ff.

Kasten 1

Annahmen für die Prognose

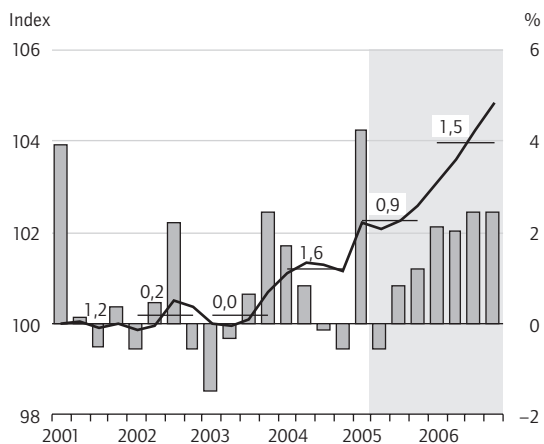
Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die EZB senkt den Leitzins im Verlauf dieses Jahres um 50 Basispunkte und belässt ihn auf diesem Niveau bis zum Ende des Prognosezeitraums.
- Der Ölpreis geht im Jahresverlauf auf 48 US-Dollar je Barrel (Nordsee Brent) zurück und bleibt im Prognosezeitraum auf diesem Niveau.
- Der Wechselkurs liegt bei 1,22 US-Dollar/Euro und verändert sich im Prognosezeitraum nicht.
- Die Tariflöhne steigen in diesem und im nächsten Jahr im gleichen Umfang wie 2004.

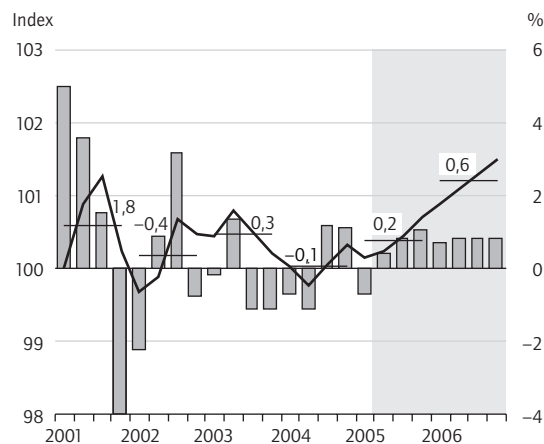
Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

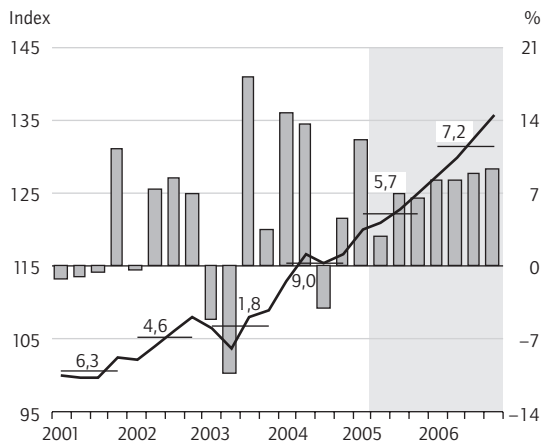
Bruttoinlandsprodukt¹



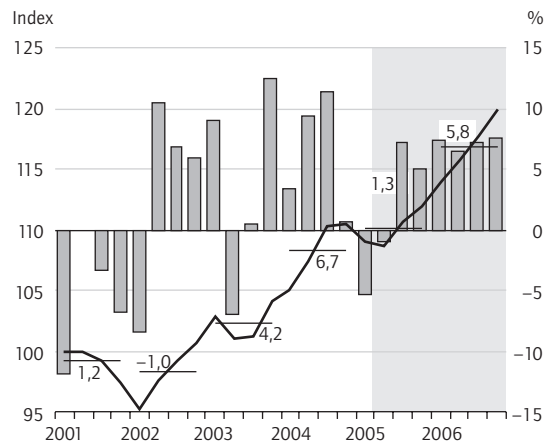
Konsumausgaben der privaten Haushalte¹



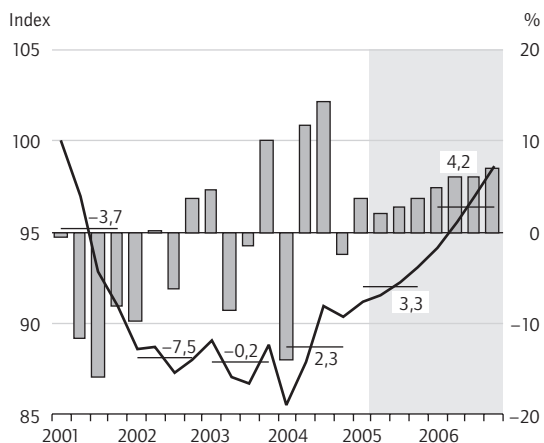
Exporte¹



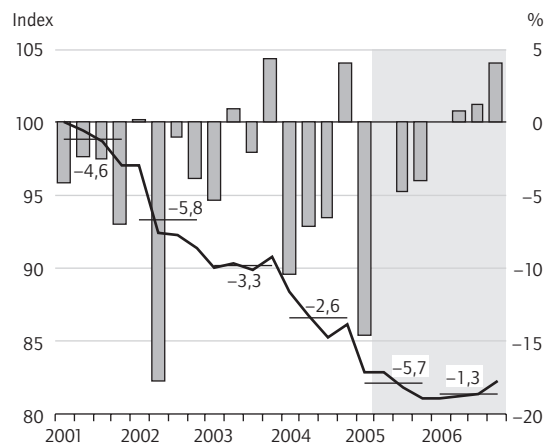
Importe¹



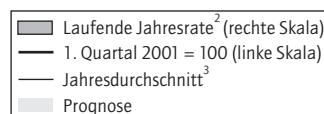
Ausrüstungsinvestitionen¹



Bauinvestitionen¹



- 1 Preis- und saisonbereinigt (Kettenindex 2000 = 100).
- 2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
- 3 Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

etwas ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur mindestens kompensiert. Hinzu kommt, dass die ölexportierenden Volkswirtschaften mit ihren Erlösen aus den Ölgeschäften zunehmend Investitionsgüter auf den Weltmärkten nachfragen. Auch hiervon dürfte die deutsche Industrie besonders profitieren. Von den Ölpreisen selbst werden wohl keine zusätzlich dämpfenden Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgehen. Entfallen die retardierenden Effekte des Ölpreisanstiegs, wird den privaten Haushalten kein weiteres Realeinkommen entzogen. Dennoch bleibt die Binnennachfrage schwach, weil die geringen Einkommenssteigerungen eine Konsumbelebung erschweren. Auch von der staatlichen Nachfrage gehen eher restriktive Einflüsse aus.

Alles in allem wird für den Durchschnitt dieses Jahres ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,9 % prognostiziert (Tabelle 3). Um die Risiken der Prognose zu quantifizieren, wurden mithilfe des NiGEM-Modells Simulationsrechnungen durchgeführt, um zu zeigen, wie bei Eintreten bestimmter Annahmen über den Ölpreis, Wechselkurs und Zinssatz die Prognose beeinflusst werden würde (Kasten 2).

Für 2006 ist mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 % zu rechnen. Aus heutiger Sicht gibt es wenig Anlass zu der Hoffnung, dass die Wirtschaft auf einen steileren Wachstums-

pfad einschwenkt. Gestützt wird die Entwicklung weiterhin von der Expansion im Außenhandel. Eine Abkühlung der Konjunktur in den wichtigsten Exportregionen zeichnet sich nicht ab; eher ist, insbesondere in Europa, mit einer leichten Beschleunigung zu rechnen. Nach wie vor wird die Entwicklung von einer zu schwachen Binnennachfrage behindert, denn hier zeichnet sich keine grundsätzliche Wende zum Besseren ab: Die Masseeinkommen steigen weiterhin nur moderat, und es werden keine weiteren Steuersenkungen wirksam. Leichte Impulse könnten von den gesunkenen Kapitalmarktzinsen ausgehen.

Entwicklung im Einzelnen

Die Entwicklung der *privaten Konsumausgaben* im ersten Quartal 2005 (-0,2 % gegenüber dem Vorquartal) hat enttäuscht, denn immerhin sind zu Beginn des Jahres Steuersenkungen wirksam geworden, durch die sich die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um über 6 Mrd. Euro erhöhen. Allerdings fließt ein Teil dieser Einkommen in die Ersparnisse, da überdurchschnittlich hohe Einkommen relativ stärker entlastet werden. Zudem kommt auf die privaten Haushalte eine Reihe von Mehrbelastungen zu, etwa Leistungskürzungen bei der Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe, Beitragssatzsteigerungen in der Krankenversicherung und (teilweise) in der Pflegeversicherung. Noch stärker dürfte die

Tabelle 3

Eckdaten der Prognose für Deutschland 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	0,2	0,0	1,6	0,9	1,5
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	39 315	39 092	38 720	38 861	39 084	39 404
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 853	4 060	4 377	4 381	4 787	4 451
Arbeitslosenquote ³ (in %)	8,9	9,4	10,2	10,1	10,9	10,1
Erwerbslose ⁴ (1 000 Personen)	2 923	3 224	3 686	3 931	4 039	3 701
Erwerbslosenquote ⁵ (in %)	6,9	7,6	8,7	9,2	9,4	8,6
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,0	1,7	1,6	1,4
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,7	0,5	-0,9	0,0	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁸						
In Mrd. Euro	-58,6	-77,4	-81,4	-80,0	-78,0	-74,8
In % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,6	-3,8	-3,6	-3,5	-3,2

1 Preisbereinigt (Kettenindex 2000 = 100).

2 Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalsdaten).

3 Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

4 Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

5 Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

6 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, je Erwerbstätigen).

8 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95); Finanzierungssaldo 2000 einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (52,3 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin; 2005 und 2006: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Kasten 2

Annahmen für die Prognose

Das NiGEM-Modell ist ein internationales makroökonomisches Strukturmodell, das Länderblöcke für alle wichtigen Industrieländer sowie für die OPEC und zahlreiche Schwellenländer enthält. Der Ölpreis wirkt vor allem über die Preisentwicklung und die Verschiebung der Austauschverhältnisse; Wechselkurs und Zinssatz wirken direkt über die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit sowie über den Einfluss auf Investitions- und Konsumentscheidungen. Endogene Reaktionen der Geld- und Fiskalpolitik werden über Reaktionsfunktionen berücksichtigt.

Konkret wurden folgende Szenarien untersucht:

- eine dauerhafte Erhöhung des Ölpreises um 25 US-Dollar je Barrel
- eine dauerhafte Senkung des Ölpreises um 10 US-Dollar je Barrel
- eine dauerhafte effektive Aufwertung des Euro um 5 %
- eine temporäre Zinssenkung um 50 Basispunkte für drei Jahre

Anhand der Ergebnisse lassen sich die Auswirkungen von Veränderungen der exogenen Größen auf die Prognose zeigen (Tabelle).

wachsende Arbeitsplatzunsicherheit eine Rolle spielen; Einkommensverluste durch die Streichung von (bezahlten) Überstunden oder von Sondergratifikationen kommen hinzu. Auch wenn für den weiteren Jahresverlauf unterstellt werden kann, dass die privaten Konsumausgaben etwas ausgedehnt werden, ergibt sich in realer Rechnung nur ein geringfügiger Anstieg gegenüber dem Vorjahr, nämlich um 0,3 %. Der private Konsum bleibt so der Hemmschuh für einen Konjunkturaufschwung.

Auch das kommende Jahr verspricht keine grundlegende Änderung. Es kommt per saldo zu keiner Entlastung bei Steuern und Sozialbeiträgen, doch sind auch keine zusätzlichen Belastungen (beispielsweise der Abbau von Steuervergünstigungen) unterstellt. Da für die Prognose auch kein weiterer Anstieg der Ölpreise angenommen wird, nimmt der Realwert der verfügbaren Einkommen etwas stärker als in diesem Jahr zu. Bei geringfügig sinkender Sparquote wird mit einer Zunahme der realen Konsumausgaben um 0,8 % gerechnet.

Infolge der schwachen Konjunktur bleibt der Anstieg der *Lebenshaltungskosten* moderat. Deutliche Preissteigerungen gehen in diesem Jahr von den Energieversorgern aus, deren Preissetzung verzögert an die Entwicklung der Ölpreise gekoppelt ist. Auch die administrierten Preise werden überdurchschnittlich angehoben. Diese Einflüsse werden im Prognosezeitraum allmählich an Bedeu-

Tabelle

Ergebnisse von Simulationen mit dem NiGEM-Modell

Abweichung von der Basissimulation in Prozentpunkten

Szenario	Wirkung auf das Wachstum		Wirkung auf die Inflation	
	Nach 1 Jahr	Nach 3 Jahren	Nach 1 Jahr	Nach 3 Jahren
Ölpreis (+25 US-Dollar je Barrel)	-0,4	-0,3	0,4	0,1
Ölpreis (-10 US-Dollar je Barrel)	0,2	0,1	-0,2	0
Aufwertung (5 %)	-0,2	-0,1	-0,3	-0,1
Zinssenkung (0,5 Prozentpunkte)	0,1	0	0,05	0,05

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

tung verlieren. Alles in allem wird in diesem Jahr die durchschnittliche Teuerungsrate 1,4 % betragen; für das nächste Jahr werden 1,1 % prognostiziert.

Die Erholung der Investitionen der Unternehmen in *Ausrüstungen und sonstige Anlagen* seit dem vergangenen Jahr setzt sich fort. Dies ist vor allem auf den Exportboom und auf die recht günstigen Finanzierungsbedingungen zurückzuführen. Im Prognosezeitraum dürften die Rahmenbedingungen für Investitionen günstig bleiben, ebenso die Gewinnaussichten der Unternehmen, da die Lohnstückkosten weiter sinken. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen bewegt sich weiterhin nahe am historischen Tiefpunkt, und die Aktienkurse festigen sich auf hohem Niveau. Dies erleichtert die Finanzierung von Investitionen. Allerdings wird die Investitionstätigkeit durch die schwache Binnennachfrage gedämpft, denn die Absatzerwartungen der Unternehmen sind das wichtigste Motiv für Kapazitätserweiterungen. Insgesamt dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in diesem Jahr um knapp 4 % und im nächsten Jahr um reichlich 5 % steigen.

Der Abwärtstrend bei den *Bauinvestitionen* hält an. Er hat sich im ersten Quartal dieses Jahres sogar noch verstärkt, wenn auch ein Teil des Rückgangs witterungsbedingt war. Für den Prognosezeitraum wird abermals mit einer negativen Entwicklung in

der Bauwirtschaft gerechnet; hierauf deuten die Baugenehmigungen und Auftragsengänge hin. Maßgeblich für die schlechten Aussichten sind die hohen Angebotsüberhänge bei Wohnungen und Büroimmobilien. Hinzu kommt, dass die Baupreise aufgrund der starken Verteuerung von Stahlprodukten seit dem vergangenen Jahr stärker steigen. Dies verschlechtert die Gewinnaussichten gewerblicher Investoren im Mietwohnbau und bei Bürogebäuden. Auch die Realisierung der zahlreichen Bauprojekte, für die im Zuge der angekündigten Abschaffung der Eigenheimzulage bereits die Genehmigung eingeholt worden war, dürfte nicht in diesem Umfang stattfinden; ein Grund hierfür sind die stagnierenden Einkommen der privaten Haushalte. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Gebietskörperschaften ist zumindest für dieses Jahr abermals mit rückläufigen öffentlichen Bauinvestitionen zu rechnen. Insgesamt gehen die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2005 um 6% und im nächsten Jahr um 1% zurück.

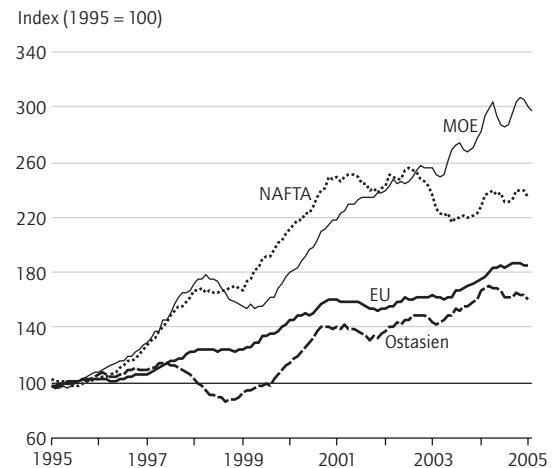
Die *Exporte* sind die tragende Säule des Wirtschaftswachstums. Zwar hatten die Ausfuhren in der zweiten Hälfte des Vorjahres infolge der leichten weltwirtschaftlichen Abschwächung etwas an Fahrt verloren, gingen aber im ersten Quartal wieder auf Expansionskurs (zur regionalen Entwicklung des deutschen Außenhandels vgl. Abbildung 3). Im Prognosezeitraum bleiben die Rahmenbedingungen für die Exporteure günstig: Die Weltkonjunktur hat ihre Schwäche überwunden, und die jüngste Abwertung des Euro tut ein Übriges. Infolge der weiter sinkenden Arbeitskosten verbessert sich zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Für dieses Jahr wird der Zuwachs bei den Exporten auf reichlich 6% und für das nächste Jahr auf über 8% geschätzt. Hingegen werden in diesem Jahr die *Importe* real nur wenig zunehmen. Dies liegt insbesondere daran, dass der private Konsum nur schwach expandiert. Im nächsten Jahr wird mit der sich festigenden Konjunktur der Zuwachs etwas stärker ausfallen. Während der Außenbeitrag in diesem Jahr infolge der Diskrepanzen zwischen Ausfuhr- und Einfuhrentwicklung kräftig steigt, wird er sich im kommenden Jahr deutlich schwächer entwickeln. Die Terms of Trade werden sich voraussichtlich verschlechtern. Der Grund hierfür ist vor allem darin zu sehen, dass die hohen Preise bei den Importen von Öl und Rohstoffen nun nicht mehr durch den Anstieg des Wechselkurses gebremst, vielmehr die Importe durch die Abwertung des Euro verteuert werden.

Die Entwicklung auf dem *Arbeitsmarkt* wird durch die Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Eingriffe geprägt; so haben Minijobs, Ich-AGs und Zusatzjobs zahlenmäßig stark an Gewicht gewonnen. In der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommt die konjunkturelle Grundtendenz

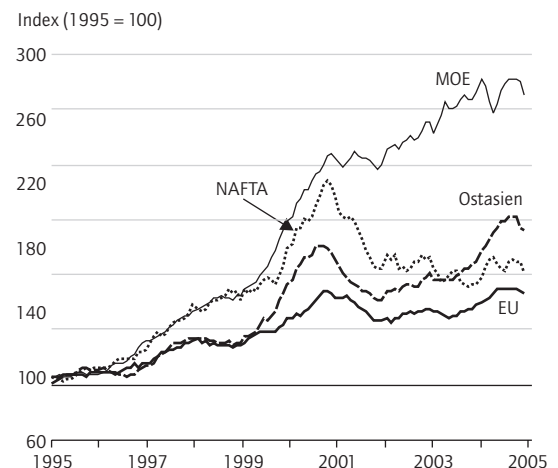
Abbildung 3

Regionale Entwicklung des deutschen Außenhandels¹

Ausfuhr



Einfuhr



¹ Spezialhandel, nominal; saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4); gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

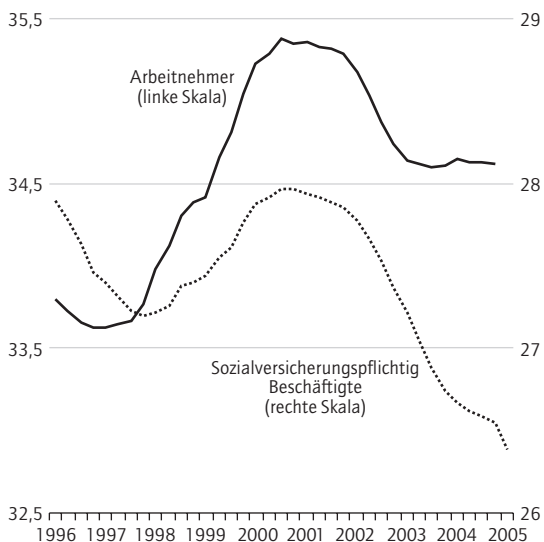
DIW Berlin 2005

besser zum Ausdruck (Abbildung 4). In diesem Jahr wird diese Zahl voraussichtlich weiter, um 0,5%, zurückgehen, während für das nächste Jahr mit einer minimalen Zunahme (0,1%) zu rechnen ist. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten und der Zusatzjobs dürfte indes binnen zwei Jahren um jeweils 300 000 steigen. Auch die Arbeitslosenzahlen werden durch arbeitsmarktpolitische Eingriffe – die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – verzerrt. So handelt es sich bei der hohen Zahl an zusätzlichen Arbeitslosen in diesem Jahr größtenteils um ehemalige Sozialhilfeempfänger

Abbildung 4

Arbeitnehmer im Inland und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹

Saisonbereinigt
In Mill. Personen



¹ Ab Juni 1999 geänderte Erfassung.

Quellen: Statistisches Bundesamt;
IAB; Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2005

und arbeitssuchende Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern.

Öffentliche Haushalte: Geringer Rückgang der Fehlbeträge

Für dieses Jahr wird mit einem nur leichten Rückgang der Defizite in den öffentlichen Haushalten, von 80 Mrd. Euro auf 78 Mrd. Euro, gerechnet. Mit 3,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts wird der Fehlbetrag abermals über der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogenen Grenze liegen – und dies, obwohl auf allen Haushaltsebenen zum Teil nennenswerte Einsparungen wirksam werden. Dass die Defizite in diesem Jahr nicht stärker sinken, liegt zum einen an den zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Einkommensteuerentlastungen in Höhe von 15 Mrd. Euro; zum anderen dämpft die schwache Konjunktur die Einnahmenentwicklung des Staates. Im kommenden Jahr dürften die Defizite ebenfalls nur geringfügig – auf 75 Mrd. Euro – zurückgehen; dies entspräche 3,3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Die Entwicklung des Steueraufkommens in diesem Jahr ist, unabhängig vom Einfluss der Steuerentlastungen, von einem schwachen Anstieg der Lohnsteuer und einer rasanten Zunahme der Körperschaftsteuer geprägt. Bei der Lohnsteuer kommt

infolge der geringen Erhöhung der Lohneinkommen die Progressionswirkung des Steuertarifs kaum zum Tragen, während die äußerst günstige Gewinnentwicklung das Aufkommen an Körperschaftsteuer treibt; auch die Gewerbesteuer kann nach dem Sprung im vergangenen Jahr nochmals spürbar zulegen, ebenso die veranlagte Einkommensteuer. Die aufkommensstarke Umsatzsteuer entwickelt sich nur unterdurchschnittlich zur gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage, da die Konjunktur vor allem von den Exporten getragen wird, die nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Die Einbußen bei der Mineralölsteuer resultieren daraus, dass die Konsumenten auf den hohen Ölpreis mit Verbrauchszurückhaltung reagieren. Insgesamt dürften die Steuereinnahmen um lediglich 0,6 % zunehmen. Für das nächste Jahr wird mit einem Plus von 2,2 % gerechnet.⁶ Auch dann werden wegen der schwachen Lohnentwicklung die Einnahmen aus der Lohnsteuer nur wenig zunehmen, während die Gewinnsteuern weiterhin zügig expandieren werden. Die Binnennachfrage belebt sich nur zögernd, so dass die verbrauchsabhängigen Steuern eher mäßig steigen dürften.

Das Beitragsaufkommen bei den Sozialversicherungsträgern wird in diesem Jahr kaum stärker als die Steuern zulegen. Der Grund ist auch hier in der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung zu sehen. Alles in allem bleiben die Beitragssätze stabil. Im kommenden Jahr werden die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung wahrscheinlich etwas gesenkt;⁷ insgesamt wird das Beitragsaufkommen um 1 % steigen. Dieser geringe Anstieg erfordert eine Aufstockung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung.

Bei den sonstigen Einnahmen werden Sonderfaktoren wirksam, da einige Bundesländer von ihren Landesbanken rückwirkend Zinsen auf Vermögen erhalten, das sie ihnen in früheren Jahren übertragen hatten; hieraus fließen einmalige Zahlungen in Höhe von über 3 Mrd. Euro.⁸ Insgesamt werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr voraussichtlich um 1 % zunehmen. Mit einer ähnlichen Rate kann für das nächste Jahr gerechnet werden, wobei keine Sonderfaktoren unterstellt sind.

Auf der Ausgabenseite zeichnet sich für dieses Jahr nur ein geringer Anstieg ab (0,6 %). Die Personalausgaben entwickeln sich weiterhin rückläufig.

⁶ Hierbei sind keine Steuerentlastungen berücksichtigt. Zwar war eine Senkung der Körperschaft-, Einkommen- und Erbschaftsteuer auf dem „Job-Gipfel“ beschlossen worden, die weitgehend aufkommensneutral finanziert werden sollte. Doch ist aus heutiger Sicht die Wahrscheinlichkeit eher gering, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden.

⁷ Die Senkung der Belastung in diesem Jahr wurde kompensiert durch die Erhöhung des Satzes bei der Pflegeversicherung für Kinderlose.

⁸ Die Europäische Union hatte diese Vermögensübertragungen als unerlaubte Subventionen klassifiziert.

fig, da Personal abgebaut wird und die Einkommen im öffentlichen Dienst kaum steigen. Bei den sozialen Sachleistungen wird es nach dem Rückgang im Vorjahr zu einem moderaten Zuwachs kommen. Schwierig vorzuschätzen ist die Entwicklung der monetären Sozialleistungen, da sich hier die umfangreichen Arbeitsmarktreformen niederschlagen. Zudem ist die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen; die Zahl der Leistungsempfänger ist deutlich höher als im Vorjahr. Dämpfend wirkt, dass die Renten nicht erhöht werden; wohl aber steigt die Zahl der Rentner. Per saldo werden die Aufwendungen nicht – wie von der Bundesregierung ursprünglich erhofft – sinken, sondern etwas zunehmen (0,6%). Geringere Ausgaben als im Vorjahr werden bei den Subventionen und sonstigen Transfers des Staates anfallen. Auch bei den öffentlichen Investitionen muss noch mit einem Minus gerechnet werden, obwohl sich die Finanzlage der Gemeinden spürbar bessert. Hingegen werden die Zinsausgaben infolge der hohen Neuverschuldung merklich expandieren (3%). Ihr Anstieg wird dadurch gedämpft, dass bei Umschuldungen die Gebietskörperschaften vom niedrigen Zinsniveau profitieren, wobei allerdings dieser Effekt an Bedeutung verliert.

Im kommenden Jahr dürfte die sparsame Ausgabenpolitik fortgesetzt werden; der Anstieg der

Staatsausgaben wird voraussichtlich knapp 1% betragen. Die Tarife im öffentlichen Dienst werden nicht angehoben, und es werden abermals Stellen abgebaut. Auch die monetären Sozialleistungen werden nur wenig expandieren. Im Bereich der Rentenversicherung steht einer steigenden Zahl von Leistungsempfängern ein stagnierendes Rentenniveau gegenüber, da die Renten neuerlich nicht erhöht werden. Die Arbeitslosenversicherung dürfte infolge von Hartz IV und einer nicht weiter steigenden Zahl von Arbeitslosen geringfügig entlastet werden. Hingegen werden die sozialen Sachleistungen wieder steigen, nachdem die Wirkungen der Gesundheitsreform verebbt sind. Bei den öffentlichen Investitionsausgaben wird mit einer Trendwende gerechnet, da nun die Gemeinden wieder mehr Mittel für investive Zwecke zur Verfügung haben dürften. Infolge der hohen Neuverschuldung werden die Zinsausgaben kräftig zunehmen.

Alles in allem gehen von der Finanzpolitik sowohl in diesem wie auch im nächsten Jahr leicht restriktive Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung aus. Die expansiven Wirkungen der Steuerentlastungen werden durch die restriktiven Einflüsse auf der Ausgabenseite sogar überkompensiert.

Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft leidet massiv unter dem Problem einer viel zu schwachen Binnennachfrage. Noch deutlicher als zuvor ist dies im Zuge der vorübergehenden Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zutage getreten. Die Masseneinkommen stagnieren, und die expansiven Wirkungen der Steuerentlastungen werden durch Kürzungen bei den Staatsausgaben kompensiert. Die weiterhin gedrückten Arbeitsmarktperspektiven schmälern das Vertrauen der Konsumenten in die Zukunft und erschweren einen wünschenswerten Abbau der Sparquote. Eine Belebung der Binnennachfrage wird ohne expansive Impulse der Wirtschaftspolitik kaum möglich sein. Selbst ein Exportboom wie in den letzten Jahren vermag nicht in einen Aufschwung zu münden, wenn die Binnennachfrage angesichts der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gedämpft bleibt.

Finanzpolitik

Abermals wird die Finanzpolitik ihr im Stabilitätsprogramm formuliertes Ziel verfehlen; in diesem Jahr wollte sie das Staatsdefizit auf 3 % begrenzen. Auch im nächsten Jahr dürfte der Fehlbetrag höher ausfallen als von der Bundesregierung ursprünglich angestrebt. Der Grund für die neuerliche Zielverfehlung hat allein konjunkturelle Ursachen; der Aufschwung bleibt deutlich hinter den Erwartungen fast aller professionellen Prognostiker zurück. Dennoch mehrten sich in der Politik die Stimmen, die „automatischen Stabilisatoren“ nicht zum Tragen kommen zu lassen und die Defizite rasch abzubauen – und dies, obwohl durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts der finanzpolitische Handlungsspielraum zur Bekämpfung konjunktureller Fehlentwicklungen größer geworden ist. So kann von einem Defizitverfahren abgesehen werden, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt über eine längere Phase äußerst gering wächst; bislang war das nur möglich, wenn es innerhalb eines Jahres um mindestens 2 % sinkt.

Bisher hat die Politik auf die verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Perspektiven angemessen reagiert und keine weiteren Sparbeschlüsse umgesetzt. Ohnedies ist die Ausgabenpolitik – wie in all den Jahren zuvor – äußerst mäßig angelegt; auch in diesem Jahr soll ein großer Teil der Steuerentlastungen durch Ausgabenkürzungen „finanziert“ werden. Zweifellos würde in der gegenwärtigen Phase eine nochmalige Kürzung der Staatsausgaben die konjunkturelle Entwicklung und damit auch die Einnahmenbasis der öffentlichen Haushalte weiter schwächen. Auch Steuererhöhungen wären

für die Konjunktur schädlich, sofern die Mehreinnahmen zur Verringerung der staatlichen Finanzierungsdefizite eingesetzt werden: Die verfügbaren Einkommen und damit das Nachfragepotential der privaten Haushalte und/oder der Unternehmen wird kleiner, ohne dass im staatlichen Sektor zusätzliche Nachfrage geschaffen wird. Die private Nachfrage würde nur dann nicht geschmälert, wenn die Ersparnisbildung in diesen Sektoren entsprechend geringer ausfiele.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Allerdings wird nicht nur der Aspekt der Haushaltskonsolidierung erörtert. Eine Erhöhung wird auch damit begründet, dass dadurch Spielraum entweder für dringliche Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Verkehr, oder aber für Umfinanzierungen im sozialen Sicherungssystem geschaffen würde. Die Mehrwertsteuer eigne sich vor allem deshalb, weil in Deutschland der Satz – gemessen am europäischen Durchschnitt – niedrig ist. Hier sind verschiedene Aspekte zu beachten.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer schwächt für sich genommen die Konsumnachfrage, sofern es den Unternehmen gelingt, die höheren Steuersätze in vollem Umfang über die Preise auf die Verbraucher abzuwälzen. Dies wird in einer Phase prosperierender Nachfrage eher gelingen als bei schwacher Nachfrage; bei ungünstigen Nachfragebedingungen wird der Überwälzungsprozess länger dauern, und die Gewinne der Unternehmen werden geschmälert. Aufgrund ihrer leicht regressiven Verteilungswirkung werden vor allem die (einkommensschwächeren) Haushalte mit einer hohen Konsumquote belastet. Allerdings mindern Steuerbefreiungen (Wohnungsmieten, Medikamente, ärztliche Dienstleistungen) und -ermäßigungen (Nahrungsmittel, Bücher, Zeitschriften) diesen Effekt merklich. Im Durchschnitt aller privaten Haushalte werden nur etwa 60 % der Konsumausgaben mit dem normalen Satz besteuert, während 15 % dem ermäßigten Satz unterliegen und 25 % gar nicht besteuert werden. Wird der Kaufkraftentzug durch eine Verringerung der Ersparnisse ausgeglichen, so wirkt die Steuererhöhung weniger restriktiv.

Andere Wirkungen sind zu erwarten, wenn die höheren Einnahmen aus der Mehrwertsteueranhebung wieder verausgabt werden. Dringlich ist eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen, ebenso eine Aufstockung der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft. In den vergangenen Jahren sind umfangreiche Steuerentlastungen in Kraft getreten, und die volkswirtschaftliche Steuerquote ist auf ein

historisches Tief gesunken. Dies wurde mit einem Rückgang der Ausgaben in den genannten Bereichen erkaufte; der Rückgang der Quote konnte nicht durch einen entsprechenden Abbau von Steuervergünstigungen aufgefangen werden.

Mit einer höheren Mehrwertsteuer könnte aber auch eine sachgerechtere Finanzierung der sozialen Sicherung geleistet und das Äquivalenzprinzip in der Sozialversicherung wieder gestärkt werden. Insbesondere geht es um die Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen, die nicht zuletzt im Zuge der deutschen Einheit in die Höhe geschossen sind. Eine stärkere Steuerfinanzierung dieser Leistungen würde Beitragssenkungen ermöglichen und den Kreis derer ausweiten, die sich an der Finanzierung zu beteiligen haben. Zugleich würden durch diese Umfinanzierung die Arbeitskosten sinken, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verbesserte sich. Simulationsrechnungen zeigen, dass hierdurch nennenswerte positive Beschäftigungseffekte zu erzielen sind.⁹ Dies gilt auch, wenn man die Einbußen jener berücksichtigt, die sich bisher nicht an der Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen beteiligt haben.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kann also durchaus sinnvoll sein; es kommt jedoch vor allem auf den richtigen Zeitpunkt und auf die Verwendung der Mittel an, will man ein Urteil fällen. In der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase sollte man eine Anhebung nicht durchsetzen; anders liegen die Dinge, wenn sich der Aufschwung gefestigt hat. Die regressive Verteilungswirkung könnte gemildert werden, indem auf eine Erhöhung der gemäßigten Sätze ganz oder teilweise verzichtet wird. In jedem Falle sollte die Aussicht auf Mehreinnahmen die politischen Entscheidungsträger nicht davon abhalten, das Feld der Steuervergünstigungen nach weiteren Kürzungsmöglichkeiten zu durchforsten. Auf dem Prüfstand dürfen längst nicht nur jene Vergünstigungen stehen, die den Arbeitnehmern in Form der Eigenheimzulage, Pendlerpauschale oder der steuerfreien Zuschläge zur Nacht- und Sonntagsarbeit gewährt werden. Auch die Steuervergünstigungen für Unternehmen stehen auf dem Prüfstand, ebenso das Stopfen von Steuerschlupflöchern, wofür in der Vergangenheit viel zu wenig getan worden ist, oder die Befreiung der Postunternehmen von der Mehrwertsteuer. Will man die Steuersätze für die Unternehmen weiter senken, so wird man auch nicht umhinkommen, die relativ günstigen Gewinnermittlungsvorschriften einschließlich der Abschreibungen zu prüfen, d. h. die „sichtbaren“ und die effektiven Steuersätze gegenüberzustellen. Dann allerdings wird auch der Zwiespalt deutlich, in dem die Politik steckt: Eine Senkung des sichtbaren Steuersat-

zes zieht eine Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen nach sich; für die Investitionstätigkeit wäre nichts gewonnen.

Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) steht vor einem Dilemma. Einerseits hat sich die Konjunktur im Euroraum weiter abgeschwächt, so dass eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik erforderlich wäre. Andererseits ist die Geldmenge über Jahre stärker gestiegen als das nominale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum; damit könnte sich ein Inflationspotential aufgebaut haben. Allerdings dürften Portfolioumschichtungen hin zu liquiden Anlageformen den Anstieg der Geldmenge überzeichnet haben. Gemessen an der Kerninflationsrate besteht kein Inflationsdruck; sie betrug im Euroraum zuletzt 1,3 % und in Deutschland 0,9 %. Die Spreizung der Inflationsraten, die einhergeht mit Preisblasen für Immobilien, nimmt die EZB zum Anlass, auf eine expansivere Geldpolitik zu verzichten. Wie Analysen des DIW Berlin zeigen, haben die Inflationsdifferenzen vielschichtige Ursachen, deren Einfluss zunehmend geringer wird, so dass die Spreizung schrittweise geringer wird (vgl. Sonderkapitel „Inflationsdifferenzen im Euroraum“, S. 422 ff.).

Die EZB kann sich nicht der Erkenntnis verschließen, dass in der augenblicklichen maroden Wirtschaftslage in vielen Mitgliedsländern und angesichts der Kritik an europäischen Institutionen mehr von ihr erwartet wird, als nur über stabile Preise zu wachen. Das Beispiel der US-amerikanischen Zentralbank mit ihrer ausgeprägten antizyklischen Geldpolitik wirft Schatten auf die starre Haltung der Europäischen Zentralbank. Sie muss nun handeln. In dieser Prognose wird daher eine geldpolitische Lockerung unterstellt: Die Leitzinsen werden noch in diesem Jahr um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Ein solcher Schritt wäre ein positives Signal, auch wenn die Impulse für die Konjunktur eher moderat sein werden (vgl. Kasten 2).

Die Sorge, dass durch eine Zinssenkung die Immobilienblase in einigen Ländern des Euroraums weiter aufgebläht würde, kann entkräftet werden. Denn es verbleibt den nationalen Zentralbanken noch ein Freiheitsgrad für nationale Geldpolitik. In jedem Land können die Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Immobilien wie auch für die Kreditfinanzierung von Wertpapieren festgelegt werden.

⁹ Vgl. Volker Meinhardt und Rudolf Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung. Endbericht im Auftrag des DGB-Bundesvorstandes, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung. DIW Berlin – Politikberatung kompakt, Nr. 7. Berlin, März 2005.

Es kommt also darauf an, dass die einzelnen nationalen Zentralbanken ihren Spielraum für eine restriktivere Geldpolitik nutzen.

Arbeitsmarktpolitik

In den letzten Jahren wurde eine Reihe zum Teil grundlegender Reformen des Arbeitsmarktes auf den Weg gebracht. Weil es Zeit braucht, bis die eingeleiteten Maßnahmen voll Wirkung zeigen, können hier nur einige grundsätzliche Einschätzungen gegeben werden.¹⁰

Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose sollen künftig stärker am Ziel der beruflichen Wiedereingliederung ausgerichtet werden. Von der Politik vorgegeben ist eine Vermittlungsquote von 70 % der Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen. Dies dürfte dazu führen, dass für die Teilnahme an Fort- und beruflicher Weiterbildung (FbW) gerade solche Personen ausgewählt werden, die relativ gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und deshalb andere Arbeitslose, für die eine Qualifikation besonders dringlich wäre, nicht zum Zuge kommen. Noch stärker ins Gewicht fällt die Annahme, dass es trotz der Massenarbeitslosigkeit einen Fachkräftemangel gibt, der durch eben diese Maßnahmen verringert werden kann. Sofern es einen Fachkräftemangel gibt, versprechen solche Maßnahmen durchaus Erfolg. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und schwacher wirtschaftlicher Entwicklung dürfte der Mangel aber gering sein. Die Teilnehmer von Qualifizierungsmaßnahmen könnten dann in erheblichem Maße andere Personen auf dem Arbeitsmarkt verdrängen („Drehtüreffekt“).

Durch die Förderung von Existenzgründungen sind zahlreiche sog. Ich-AGs entstanden, ohne dass zunächst deren Konzepte auf Tragfähigkeit geprüft wurden. Dies nutzten möglicherweise Personen, die befürchteten, nach den neuen Vorschriften keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr geltend machen zu können. Seit Ende 2004 wird die Tragfähigkeit geprüft, mit der Folge, dass seit Februar dieses Jahres die Bewilligung von Existenzgründungszuschüssen massiv zurückgegangen ist. Offenbar sind nur wenige der eingereichten Existenzgründungsprojekte als tragfähig angesehen worden.

Nicht die Erwartungen erfüllt haben die Personal-Service-Agenturen. Ihr Bestand an zu vermittelnden Personen belief sich im Mai auf lediglich 26 000 und hat sich seit Monaten kaum verändert. Zudem ist die Integrationsquote¹¹ von einem Drittel enttäuschend – was gewiss auch ein Spiegelbild der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt sein dürfte.

Die ohne Zweifel wichtigste Reform ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Dadurch sollen Arbeitslose stärker für die Arbeitssuche insbesondere nach gering entlohnter Beschäftigung aktiviert werden, was durch geringere Unterstützungsleistungen erreicht werden soll. Im Kern geht es also um eine Veränderung des Lohngefüges, so dass die Beschäftigung im Niedriglohnsektor wächst. Gegenwärtig gibt es eine politische Diskussion darüber, die Zuverdienstmöglichkeiten von Arbeitslosen großzügiger zu gestalten – was Anreize in genau der entgegengesetzten Richtung setzen und diesem Mechanismus Kraft nehmen würde. Wenn zudem ein Teil der Erwerbseinkünfte von Arbeitslosen überhaupt nicht auf die Unterstützung angerechnet würde, besteht die Gefahr, dass Erwerbseinkommen formal nur in Höhe des Freibetrages gemeldet wird, eine darüber hinausgehende Entlohnung aber nicht. Das würde zu dieser Form von Schwarzarbeit geradezu einladen, da sie nur schwer aufzudecken ist.

Schließlich zielen die Reformen auch auf eine bessere Förderung der Arbeitslosen durch die Arbeitsagenturen. Hier liegt offenbar noch vieles im Argen, was bisher mit dem Aufwand bei der Umstellung auf Hartz IV begründet wurde. Es bleibt zu hoffen, dass Beratung und Vermittlung rasch verbessert werden.

Weit hinter den gesteckten Zielen zurückgeblieben ist das Ausmaß an Beschäftigung nach § 16 SGB II (sog. 1-Euro-Jobs). Angekündigt waren 600 000 solcher Stellen; bisher sind lediglich 130 000 geschaffen worden, und ihre Zahl ist in den letzten Monaten kaum gestiegen. Dass es nicht mehr sind, liegt wohl vor allem daran, dass es sich dabei um gemeinnützige und um zusätzliche Beschäftigung handeln muss, damit kein Wettbewerb mit privaten Anbietern entsteht und bei jenen Beschäftigung verdrängt wird. Auch sollten staatliche Stellen für bisher von ihnen wahrgenommene Aufgaben nicht auf 1-Euro-Jobber zurückgreifen können, so dass reguläre Beschäftigung im Staatssektor nicht verdrängt wird. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass es entsprechende Verdrängungseffekte gegeben hat. Dies zeigt die Gefahr, dass der Grundsatz, sinnvolle Beschäftigung marktgerecht zu entlohnen, durch die Arbeitsmarktpolitik konterkariert wird.

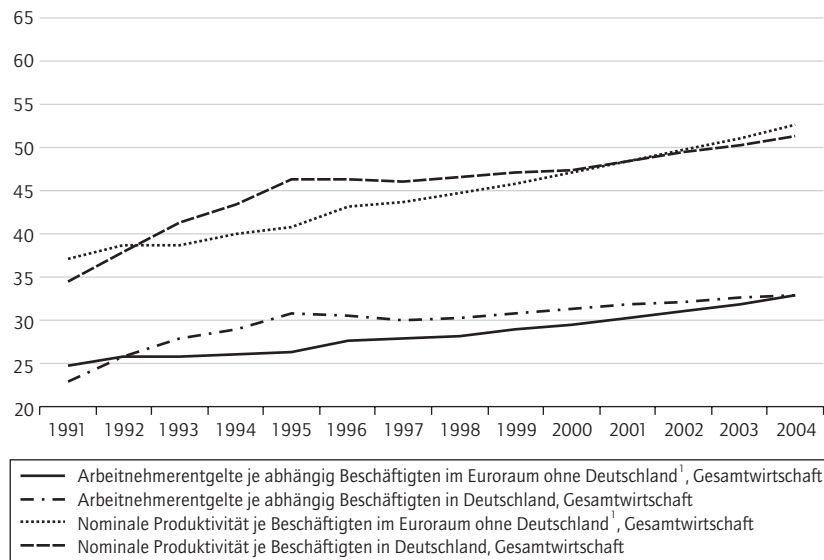
¹⁰ Zurzeit werden Maßnahmen der 1. bis 3. Reform für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I bis III) einer wissenschaftlichen Evaluierung unterzogen; eine Wirkungskontrolle der zu Beginn dieses Jahres umgesetzten Hartz-IV-Reform soll folgen.

¹¹ Austritte aus Personal-Service-Agenturen (PSA) in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Relation zu allen Austritten aus einer PSA.

Abbildung 5

Arbeitsproduktivität und Arbeitnehmerentgelte in der Gesamtwirtschaft in Deutschland und im Euroraum (ohne Deutschland)

In 1 000 Euro bzw. ECU (nominale Werte)



1 Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande, Österreich, Finnland.

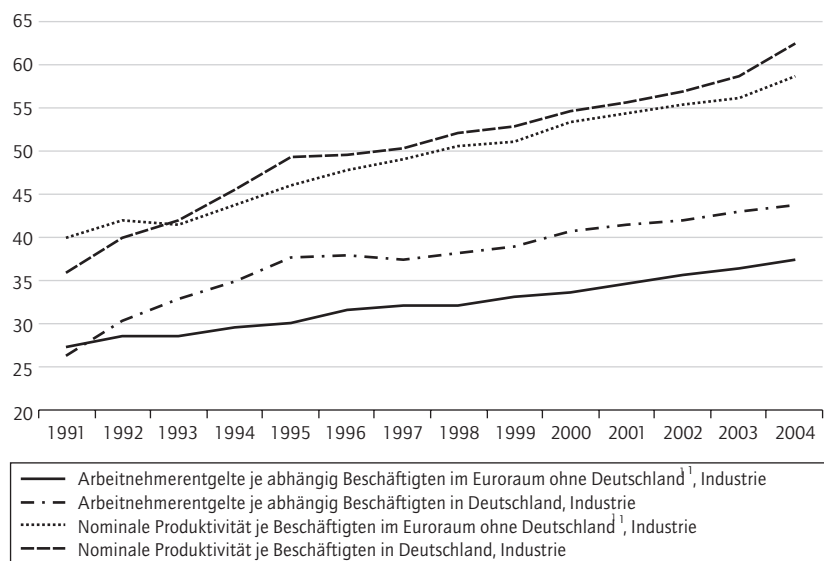
Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Abbildung 6

Arbeitsproduktivität und Arbeitnehmerentgelte in der Industrie in Deutschland und im Euroraum (ohne Deutschland)

In 1 000 Euro bzw. ECU (nominale Werte)



1 Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande, Österreich, Finnland.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Lohnpolitik

Der Lohnpolitik kommt gesamtwirtschaftlich eine doppelte Aufgabe zu: Einerseits verlangt eine stabilitätsgerechte und verteilungsneutrale Lohnpolitik, dass sich der Anstieg der Stundenlöhne an der trendmäßigen Produktivitätsentwicklung orientiert und dabei die mit Preisstabilität zu vereinbarende Inflationsrate (Zielinflation) berücksichtigt wird. Andererseits muss die Lohnpolitik der Tatsache Rechnung tragen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland Rekordstände erreicht hat (zur Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Arbeitnehmerentgelten in Deutschland und im Euroraum vgl. Abbildungen 5 und 6).

Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik erfüllt eine wichtige Funktion für die Stabilisierung der verfügbaren Einkommen – ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Entwicklung der Binnen nachfrage. Dabei sollte die Lohnpolitik mittelfristig ausgerichtet sein und kurzfristige Schwankungen bei Arbeitsproduktivität und Inflation – z. B. im Gefolge von Ölpreisschocks – nicht in erratischen Lohnschwankungen weitergeben. Dies verhindert Zweitrundeneffekte temporärer Schocks und stabilisiert die Volkswirtschaft.¹² In der langfristigen Perspektive sollte deshalb die Leitlinie für die Lohnpolitik in Deutschland und in den anderen Ländern der EWU aus der Summe der Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 % und des jeweiligen durchschnittlichen Produktivitätszuwachses in den einzelnen Mitgliedsländern bestimmt werden. Kompatibel mit dieser Leitlinie wäre in Deutschland ein Anstieg der Stundenlöhne von etwa 3 %.

Anhaltende Unterbeschäftigung indiziert im neoklassischen Arbeitsmarktmodell, dass realer Lohnsatz und Grenzproduktivität der Arbeitslosen auseinander klaffen. Dies gilt auch, wenn man das durchschnittliche Niveau der Reallohne betrachtet, da die Nominallohne in Deutschland bei insgesamt moderater Inflation zu Beginn der 90er Jahre im Zuge der Vereinigung den verteilungsneutralen Pfad teilweise deutlich überschritten hatten. Die Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit belastet noch immer die Arbeitskosten und dämpft die Beschäftigungsentwicklung. Viel wichtiger ist jedoch, dass auf unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten das Missverhältnis zwischen Produktivität und dem jeweiligen Reallohn sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Dies zeigt sich insbesondere

¹² De Long und Summers zeigen in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell mit rationalen Erwartungen, dass eine Erhöhung der Lohn- und Preisflexibilität die zyklische Variabilität der Produktion erhöht und nicht – wie allgemein unterstellt – senkt. Vgl. B. De Long und L. Summers: Is Increased Price Flexibility Stabilizing? In: American Economic Review, 76 (5), 1986, S. 1031–1044.

am hohen Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte an der Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland. Vor dem Hintergrund großer Unterschiede in der Gewinnsituation zwischen Regionen und Branchen sowie auch innerhalb von Branchen bestünde bei einer kräftigen Erhöhung der allgemeinen Tariflöhne ohne Berücksichtigung der individuellen Ertragslagen die Gefahr von weiteren Arbeitsplatzverlusten.

Eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik muss beide Aspekte in angemessener Weise berücksichtigen. Dazu bietet sich eine Kombination aus zwei Maßnahmen an: Zum einen sollte eine höhere Lohnspreizung zwischen Branchen und Betrieben sowie der Aufbau eines Niedriglohnsektors angestrebt werden. Dabei muss die Anreizkompatibilität beachtet werden. Zum anderen besteht weiterhin das Problem zu hoher Arbeitskosten, zu denen auch die Lohnnebenkosten zählen. Zur Senkung der Arbeitskosten könnte die Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen aus allgemeinen Steuermitteln beitragen. Nach Berechnungen des DIW Berlin könnte eine entsprechende Finanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer mehrere hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.¹³ Noch jobfreundlicher wäre eine Gegenfinanzierung durch den Abbau von Subventionen.

Alles in allem wäre es unter diesen Bedingungen angemessen, die durchschnittlichen Tariflöhne um

3 % anzuheben. Bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten infolge einer Anhebung der Mehrwertsteuer fiel der Arbeitskostenanstieg für die Unternehmen deutlich – nämlich um einen Prozentpunkt – geringer aus. Sollte sich keine Senkung der Lohnnebenkosten abzeichnen, so ist ein Pfad unterhalb dieses Anstiegs – in der Größenordnung von 1½ % bis 2 % – ratsam, um die aus dem Beginn der 90er Jahre resultierenden Ungleichgewichte weiter abzubauen. Allerdings wird eine solche Strategie nur dann Früchte tragen, wenn es gelingt, den Preisniveauanstieg oberhalb eines um den Produktivitätszuwachs korrigierten Nominallohnanstiegs zu halten, die Lohnstückkosten also schwächer steigen als das allgemeine Preisniveau. Die Kerninflationsrate in Deutschland liegt derzeit bei 0,9 %; somit wäre diese Bedingung erfüllt. Ein weiteres Absinken der Inflationsrate sollte jedoch verhindert werden. Dies verlangt eine Stabilisierung der effektiven Nachfrage über die Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik.

Gleichzeitig sollte der Spielraum für eine stärkere Differenzierung der Tariflohnabschlüsse genutzt werden. Gut verdienende Unternehmen können zudem übertariflich bezahlen oder in Form von Prämien den Gewinn mit ihrer Belegschaft teilen.

13 Vgl. Meinhardt und Zwiener, a. a. O.

Inflationsdifferenzen im Euroraum

Die Inflationsraten der Mitgliedsländer der EWU haben sich seit der Gründung der Währungsunion deutlich unterschiedlich entwickelt. Nach 1999 nahm die Varianz der Inflationsraten, die im Konvergenzprozess im Vorlauf zur Währungsunion stark gesunken war, sprunghaft zu. Seit Anfang 2004 hat sich die Dispersion der Inflationsraten zwar wieder etwas verringert, trotzdem sind die Unterschiede größer als während des Konvergenzprozesses (Abbildung 7).

Häufig wird dieses Phänomen dahingehend interpretiert, dass die einheitliche Geldpolitik der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Mitgliedsländer nicht gerecht wird. Divergenzen im Wirtschaftswachstum würden verstärkt, was sich in auseinanderlaufenden Inflationsraten manifestierte. Anstatt nachfragestabilisierend zu wirken, würden Ungleichgewichte in der Ökonomie vergrößert und ein stabiles und dauerhaftes Wirtschaftswachstum behindert.

Diese Ansicht stützt sich auf die Tatsache, dass in der Währungsunion zwei mögliche Kanäle der Anpassung an sich verändernde Angebots- und Nachfragebedingungen auf nationaler Ebene nicht mehr zur Verfügung stehen. So werden die Leitzinsen mit Blick auf den Durchschnitt des Euroraums festgelegt. Ebenso wenig kann mithilfe des nominalen Wechselkurses – bei Vorliegen gewisser Rigiditäten der Löhne und Preise – eine Erhöhung der Nachfrage und eine Verbesserung der Wettbe-

werbsfähigkeit eines einzelnen Landes erreicht werden. Obwohl schon in der Zeit des EWS viele Länder ihren Wechselkurs an der D-Mark als Ankerwährung ausgerichtet hatten und insofern in ihrer Geld- und Wechselkurspolitik nicht frei waren, ließen die Schwankungsbreite ebenso wie die Möglichkeit, die zentrale Parität zu ändern, einen Handlungsspielraum. Dieser wurde insbesondere von Ländern mit höheren Inflationsraten genutzt, um durch Abwertungen ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

In der Währungsunion müssen Anpassungen an sich ändernde Angebots- und Nachfragebedingungen im Wesentlichen direkt über das Preisniveau und die Löhne verlaufen. Für einen Ausgleich temporärer, asymmetrisch wirkender Schocks können zwar fiskalpolitische Eingriffe vorgenommen werden. Dauerhafte Anpassungen verlangen jedoch letztlich eine Veränderung des Preisniveaus und des Reallohns. Die Notwendigkeit der Anpassung über Preise und Löhne wird dadurch verstärkt, dass die Realzinsen in der Währungsunion invers reagieren: Sie sind in Ländern mit höherer Inflationsrate niedriger, was die Nachfrage zusätzlich stützt. Druck auf eine Korrektur möglicher Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion wird hingegen von der ausländischen Nachfrage ausgeübt. Auch hier kann die Korrektur erst zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt eintreten, da durch den Wegfall der Risikozuschläge für Wechselkursschwankungen die Finanzierung der Defizite erleichtert wird. Wenn Korrekturen erst vergleichsweise spät erfolgen, kann ein solcher Prozess mit hohen Ausschlägen bei der Preisentwicklung und dem Wachstum verbunden sein.

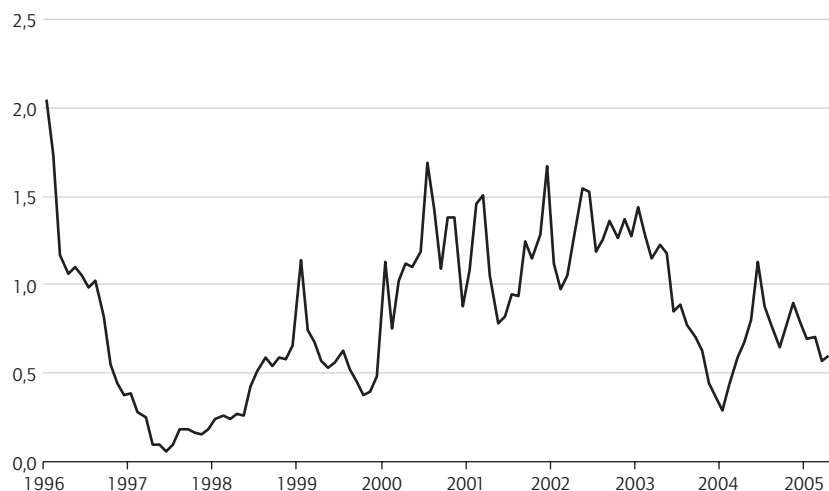
Zusätzlich kann ein Anpassungsprozess dadurch erschwert werden, dass die einzelnen Mitgliedsländer unterschiedlich reagieren. So können in einigen Ländern infolge von Indexierungen die überdurchschnittlichen Inflationsraten nur langsam zurückgeführt werden. Ebenso können antizyklische fiskalpolitische Maßnahmen unterschiedlich dosiert sein. Insgesamt besteht die Gefahr, dass eine auf den Durchschnitt zielende Geldpolitik keinem Land gerecht wird.

Für sich genommen stellen unterschiedliche Inflationsraten jedoch kein Problem für die Stabilität in der Währungsunion dar. Sie sind vielmehr der verbleibende Anpassungsmechanismus, wenn Volkswirtschaften in unterschiedlicher Weise Veränderungen der Angebots- und Nachfragebedingungen ausgesetzt sind. Eine Korrektur der relativen Preisniveaus und der Wettbewerbsfähigkeit kann nur

Abbildung 7

Varianz der Inflationsraten im Euroraum

Auf der Grundlage des einfachen Durchschnitts der Mitgliedsländer (ohne Griechenland)



Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

durch eine Änderung der Preise selbst erreicht werden. Darüber hinaus gibt es Ursachen von Inflationsdifferenzen, die nur vorübergehenden Charakter haben oder die Wettbewerbsfähigkeit nicht betreffen.

Insgesamt können folgende Ursachen der Unterschiede in den Inflationsraten identifiziert werden:

- Preisniveaikonvergenz
- Unterschiede in der Gewichtung der Kategorien des HVPI
- Anpassungen indirekter Steuern und regulierter Preise
- strukturelle Unterschiede in der Reaktion auf einen Schock und asynchrone Konjunkturverläufe
- Anpassung von Zinsen und Wechselkursen beim Einstieg in die Währungsunion

Die Preisniveaikonvergenz dürfte in den ersten Jahren der Währungsunion nur eine sehr geringe Rolle für die Unterschiede in den Inflationsraten gespielt haben. Die Angleichung der Preise handelbarer Güter findet nur sehr langsam statt, da durch die Schaffung des Binnenmarktes nicht alle Transaktionskosten gesenkt werden (z. B. Transportkosten). Marktsegmentation, Unterschiede bei den indirekten Steuern, Marktmacht bestimmter Anbieter, Sprachbarrieren, Gewohnheiten oder kulturelle Unterschiede können auch nach der Gründung des Binnenmarktes wirken. Ebenso haben Anpassungen der Preise nichthandelbarer Güter entsprechend dem Balassa-Samuelson-Modell nur einen geringen Beitrag geleistet. Zum einen ist die Konvergenz ein langfristiger Prozess, zum anderen ist der Balassa-Samuelson-Effekt für die Länder der Währungsunion nur schwer nachzuweisen.¹⁴

Unterschiede in den Gewichten der Kategorien des HVPI mögen zwar bedeutsam sein, indem gleiche Preisanstiege unterschiedlich zur Inflationsrate des jeweiligen Landes beitragen. Ihr Einfluss ist jedoch nur vorübergehend und spielt für die Geldpolitik keine Rolle.

Einen erheblichen Einfluss hatten hingegen Anpassungen bei den indirekten Steuern und den regulierten Preisen. Bislang unterscheiden sich in der Union sowohl die Mehrwertsteuersätze als auch die Höhe indirekter Steuern (Verbrauchssteuern wie bei Tabak oder alkoholische Getränke) oder die Gebühren für öffentlich bereitgestellte Dienstleistungen. Ebenso sind die Anpassungen der regulierten Preise nicht einheitlich. Anhebungen können durch den Konsolidierungsbedarf der Staatshaushalte begründet sein (wie in Deutschland, Frankreich oder Portugal in den vergangenen Jahren), aber ebenso durch konzeptionelle Überlegungen zur

Steuerung der Nachfrage (Ökosteuern in verschiedenen Ländern des Euroraums) oder zur Verteilung der Steuerlast (Verschiebung von direkten zu indirekten Steuern in den Niederlanden zu Beginn des Jahres 2001). Möglich ist auch eine Senkung der indirekten Steuern wie in Finnland im Jahre 2004 bei der Alkoholsteuer; dies trug maßgeblich dazu bei, dass in der Folge mehrere Monate mit negativen Inflationsraten zu verzeichnen waren. Längerfristige Inflationsdifferenzen werden aus Änderungen von Steuersätzen und regulierten Preisen nur dann erwachsen, wenn Zweitrundeneffekte über Lohnsteigerungen auftreten oder über die Veränderung der Kaufkraft konjunkturelle Effekte ausgelöst werden.

Das Auftreten eines Schocks, z. B. ein Anstieg des Ölpreises oder eine abrupte Veränderung des Wechselkurses, wird Unterschiede in den Inflationsraten hervorrufen. Erstens muss ein solcher Schock die Volkswirtschaften nicht in gleichem Ausmaß treffen, so dass der Anpassungsbedarf unterschiedlich ausfällt. Es bestehen erhebliche Diskrepanzen in der Abhängigkeit der Länder vom Öl und im Gewicht der Energiepreise im HVPI. Ebenso ist der Anteil der Importe am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedsländer und die Bedeutung des Außenhandels mit Ländern außerhalb der Währungsunion nicht einheitlich. Der Effekt einer Wechselkursänderung auf den Preisindex und die Konjunktur werden damit verschieden ausfallen.

Zweitens können die Anpassungsprozesse divergieren. Im Fall eines dauerhaften Anstiegs des Ölpreises handelt es sich um eine reale Einkommenseinbuße, die durch die Lohnempfänger akzeptiert werden muss. Werden indes die Löhne kompensierend angehoben, wird der Anpassungsprozess verlängert; fallen diese Kompensationen in den Mitgliedsländern unterschiedlich aus, treten über eine längere Periode Unterschiede in den Inflationsraten auf. Wie lange diese Divergenzen Bestand haben, hängt von den Zweitrundeneffekten bei Lohnerhöhungen ab. Eine starke Abwertung der Währung wird zwar ebenso wie ein Anstieg des Ölpreises Druck auf das Preisniveau ausüben; sie ist jedoch ein konjunktureller Impuls. Die Folgen für Dauer und Stärke der Inflationsdifferenzen werden dann auch davon bestimmt, inwieweit Änderungen der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Währungsunion korrigiert werden müssen.

Im Euroraum konnte nach dem Ölpreisschock in der Tat ein Auseinanderdriften der Lohnsteigerun-

¹⁴ Vgl. Kirsten Lommatzsch und Silke Tober: Reform der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 7/2003; Kirsten Lommatzsch und Silke Tober: The Inflation Target of the ECB: Does the Balassa-Samuelson Effect Matter? EUI Working Papers, RSCAS No. 2004/19. San Domenico di Fiesole 2004.

gen beobachtet werden. Ebenso wie für die Inflationsraten gilt, dass die Lohnzuwächse im Jahre 2001 deutlich höher ausfielen als zuvor und auch deren Varianz wieder zunahm. Dies legt nahe, dass in einigen Ländern Kompensationszahlungen für die Preisschocks geleistet wurden, also Zweitrundeneffekte auftraten, in anderen dagegen nicht. Trotzdem gilt, dass die Nominallohnanstiege als Reaktion auf die Preisschübe in den Jahren 2000 und 2001 verglichen mit Perioden vor der Gründung der Währungsunion vergleichsweise gering ausfielen. Dies gilt allerdings nicht für die Jahre 1996 bis 1998, als sich die Länder darauf konzentrierten, die Kriterien der nominalen Konvergenz zu erfüllen.

Das Auseinanderlaufen der Inflationsraten nach den Schocks hatte verschiedene Gründe. Erstens streckten Indexierungsklauseln in manchen Ländern den Anpassungsprozess zusätzlich. Zweitens wurde durch die starke Abwertung des Euro ein möglicher Wettbewerbsverlust innerhalb der Währungsunion zunächst kompensiert. Verstärkt wurde die Verlangsamung der Anpassung durch die inverse Wirkung der Realzinsen. Drittens unterschieden sich die Länder schon zuvor in ihrer konjunkturellen Dynamik. So lagen sowohl in Portugal als auch in den Niederlanden Anzeichen der Überhitzung vor, während zur gleichen Zeit andere Länder nur moderat expandierten.

Die schwerfällige Anpassung nach Schocks zu Beginn der Währungsunion kann auch mit Einstiegs- und Übergangsproblemen zusammenhängen. So war das Inflationsziel der Zentralbank als einziger nominaler Anker für die meisten Länder neu. Außer in Deutschland spielte zuvor der Wechselkurs zur D-Mark eine erhebliche Rolle als Signal der Zentralbankpolitik und für die Bildung von Inflationserwartungen. In Deutschland wiederum war die Geldpolitik auf nationale Entwicklungen ausgerichtet, und die Zinspolitik trug zu einer Stabilisierung der Nachfrage bei. Der Maßstab für die Erwartungsbildung änderte sich in Deutschland von der auf das Inland ausgerichteten impliziten Preisnorm hin zum Inflationsziel der EZB für den Euroraum als Ganzen, in den anderen Ländern vom impliziten oder expliziten Wechselkursziel (kombiniert mit einem Geldmengen- oder Inflationsziel) ausschließlich zum Inflationsziel. Möglicherweise prägen Anlaufschwierigkeiten immer noch das Verständnis über die Änderung der Orientierungsgrößen für die Erwartungsbildung.

Des Weiteren verzeichneten mehrere Länder im Zuge der Nominalzinskonvergenz einen erheblichen Rückgang der Realzinsen, teilweise bis zu negativen Raten. Der langfristig gleichgewichtige

Kapitalstock fällt nun höher aus, und die Anpassung an diesen Pfad kann mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der konjunkturelle Impuls aus den gesunkenen Realzinsen kann mögliche negative Folgen von Inflationsdifferenzialen und einer sich verschlechternden Wettbewerbsfähigkeit für eine gewisse Zeit überkompensieren.

Darüber hinaus könnte es auch Korrekturbedarf bei den Einstandswechselkursen gegeben haben. Zur Vermeidung von Korrekturen sofort nach der Gründung sollten die Wechselkurse der teilnehmenden Länder auf einem Niveau fixiert werden, das über einen längeren Zeitraum den relativen Preisen zwischen den Volkswirtschaften entspricht. In der Vorbereitungsphase wurde es aus Glaubwürdigkeitsgründen für sinnvoll erachtet, dass die Länder mit jenen Wechselkursen der Union beitreten, die durch den Markt akzeptiert worden waren. Insbesondere in Spanien und Italien lagen die Wechselkurse auf jenem vergleichsweise niedrigen Niveau, das sich nach den Abwertungen in den Jahren 1992 und 1993 und nur leichten Korrekturen in der Folge eingestellt hatte. Diese enthielten auch Risikoabschläge aufgrund einer höheren Unsicherheit über die Inflations- und die Wechselkursentwicklung und über die Teilnahme an der Währungsunion. Deutschland hingegen trat mit einem vergleichsweise hohen realen Wechselkurs bei – zum einen aufgrund des Preisauftriebs im Zuge der deutschen Vereinigung, zum anderen durch die nominale Aufwertung während der EWS-Krise. Der asymmetrische Schock der deutschen Vereinigung machte jedoch eine spätere reale Abwertung erforderlich, und diese konnte sich aufgrund des nominalen Konvergenzprozesses der Länder im Euroraum erst in der Währungsunion vollziehen.

Inflationsratenunterschiede zwischen den Mitgliedsländern der Währungsunion sind auch in Zukunft zu erwarten. Diese dürften jedoch geringer ausfallen als in den ersten Jahren nach Gründung der Union. Mögliche Übergangseffekte werden abklingen, und die Anpassungsmechanismen werden an den Gegebenheiten der Währungsunion orientiert sein. Dafür muss jedoch die Flexibilität der Anpassung in den Preisen und Reallöhnen weiter erhöht werden. Ebenso muss der antizyklische Charakter der Fiskalpolitik gestärkt werden. Die bisherige Erfahrung mit der Währungsunion zeigt, dass besonders jene Länder auffällige und persistente Abweichungen der Inflationsraten vom Durchschnitt der Union aufweisen, die erst mit dem Eintritt in die Währungsunion auf die Anpassungsinstrumente des Wechselkurses (Spanien, Portugal, Italien) oder eine eigenständige Geldpolitik (Deutschland) verzichten mussten.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige im Inland	0,4	0,6	0,8	0,5	0,7	0,9	0,8
Arbeitszeit	-1,1	0,2	0,4	-0,7	1,0	-0,1	0,9
Arbeitstage	1,5	-0,7	-0,7	-0,1	-1,2	0,0	-1,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹	0,8	0,1	0,6	-0,2	0,4	0,8	0,3
Produktivität ²	0,8	0,8	0,9	1,1	0,4	0,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	1,6	0,9	1,5	0,9	0,9	1,2	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 304,2	1 325,6	1 352,2	645,3	680,3	662,8	689,4
Konsumausgaben des Staates	412,9	412,6	416,1	196,8	215,7	198,8	217,2
Bruttoinvestitionen	381,3	364,1	371,2	186,6	177,5	187,2	184,0
Anlageinvestitionen	379,5	374,0	379,5	178,4	195,7	179,5	200,1
Ausrüstungen	148,4	151,9	157,4	71,3	80,6	73,6	83,9
Bauten	206,3	196,8	196,3	94,8	102,0	93,4	102,9
Inländische Verwendung	2 098,4	2 102,2	2 139,5	1 028,8	1 073,5	1 048,9	1 090,6
Exporte	838,6	888,3	956,5	434,5	453,9	466,3	490,2
Importe	729,7	745,5	793,7	360,9	384,6	383,2	410,5
Bruttoinlandsprodukt	2 207,2	2 245,0	2 302,3	1 102,3	1 142,7	1 131,9	1 170,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,4	1,6	2,0	1,3	1,9	2,7	1,3
Konsumausgaben des Staates	-0,4	-0,1	0,8	-0,4	0,2	1,0	0,7
Bruttoinvestitionen	1,0	-4,5	2,0	0,2	-9,0	0,3	3,7
Anlageinvestitionen	-0,3	-1,4	1,5	-0,8	-2,1	0,6	2,3
Ausrüstungen	1,0	2,3	3,7	3,7	1,1	3,1	4,1
Bauten	-1,4	-4,6	-0,3	-4,2	-5,0	-1,5	0,9
Letzte inländische Verwendung	1,0	0,2	1,8	0,8	-0,4	2,0	1,6
Exporte	9,1	5,9	7,7	5,4	6,5	7,3	8,0
Importe	7,0	2,2	6,5	3,7	0,8	6,2	6,7
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,7	2,5	1,6	1,8	2,7	2,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt (Kettenindex 2000 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	-0,1	0,2	0,6	0,1	0,2	0,7	0,5
Konsumausgaben des Staates	-0,7	-0,2	0,3	-0,6	0,2	0,4	0,2
Bruttoinvestitionen	4,0	-5,6	0,8	-1,5	-9,6	-1,5	3,3
Anlageinvestitionen	-0,5	-1,6	1,2	-0,9	-2,2	0,3	2,0
Ausrüstungen	2,3	3,3	4,2	5,2	1,6	3,7	4,6
Bauten	-2,6	-5,7	-1,3	-5,6	-5,7	-2,5	-0,1
Letzte inländische Verwendung	0,6	-1,0	0,6	-0,4	-1,5	0,3	0,8
Exporte	9,0	5,7	7,2	5,1	6,3	6,8	7,5
Importe	6,7	1,3	5,8	2,5	0,3	5,6	6,0
Bruttoinlandsprodukt	1,6	0,9	1,5	0,9	0,9	1,2	1,7

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**
Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,5	1,5	1,4	1,2	1,7	2,0	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,1	0,5	0,2	0,0	0,6	0,5
Bruttoinvestitionen	-2,8	1,2	1,1	1,7	0,7	1,9	0,4
Anlageinvestitionen	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,3
Exporte	0,1	0,2	0,5	0,3	0,2	0,5	0,5
Importe	0,2	0,8	0,6	1,2	0,4	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,8	1,1	0,6	0,9	1,5	0,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Arbeitsentgelte	1 134,3	1 139,0	1 154,7	540,6	598,4	547,4	607,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	912,3	919,3	934,8	434,1	485,2	441,3	493,6
Nettolohn- und -gehaltsumme	600,7	610,3	619,2	285,6	324,8	288,7	330,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	501,8	539,2	584,4	274,5	264,7	300,0	284,4
Volkseinkommen	1 636,1	1 678,2	1 739,1	815,1	863,1	847,4	891,7
Bruttonationaleinkommen	2 196,7	2 239,5	2 290,4	1 099,2	1 140,3	1 122,4	1 167,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Arbeitsentgelte	0,2	0,4	1,4	-0,2	0,9	1,3	1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,3	0,8	1,7	0,1	1,4	1,7	1,7
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,0	1,6	1,5	0,8	2,3	1,1	1,8
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,4	0,6	1,0	0,1	1,0	0,9	1,1
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,1	1,4	0,7	0,8	1,9	0,3	1,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,0	7,5	8,4	6,5	8,5	9,3	7,4
Volkseinkommen	2,2	2,6	3,6	2,0	3,1	4,0	3,3
Bruttonationaleinkommen	2,2	1,9	2,3	2,0	1,9	2,1	2,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	978,5	983,3	986,7	473,9	509,3	473,5	513,2
Nettolohn- und -gehaltsumme	600,7	610,3	619,2	285,6	324,8	288,7	330,5
Monetäre Sozialleistungen	457,9	454,9	450,8	229,6	225,3	226,6	224,3
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁴	80,1	81,9	83,3	41,2	40,8	41,8	41,6
Übrige Primäreinkommen ⁵	497,5	516,2	538,0	270,5	245,7	288,4	249,6
Sonstige Transfers ⁶	-35,3	-36,2	-33,9	-18,9	-17,3	-17,9	-16,0
Verfügbares Einkommen⁷	1 440,7	1 463,3	1 490,8	725,6	737,8	744,0	746,8
<i>Nachrichtlich:</i>							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	18,7	20,3	22,3	9,5	10,9	10,5	11,9
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1 304,2	1 325,6	1 352,2	645,3	680,3	662,8	689,4
Sparen	155,3	158,1	160,9	89,7	68,4	91,6	69,3
Sparquote in % ⁸	10,6	10,7	10,6	12,2	9,1	12,1	9,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	1,3	0,5	0,3	0,2	0,7	-0,1	0,8
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,0	1,6	1,5	0,8	2,3	1,1	1,8
Monetäre Sozialleistungen	0,9	-0,6	-0,9	-0,1	-1,2	-1,3	-0,5
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen ⁴	4,2	2,3	1,7	2,5	2,0	1,5	2,0
Übrige Primäreinkommen ⁵	1,0	3,8	4,2	4,2	3,3	6,6	1,6
Verfügbares Einkommen⁷	1,2	1,6	1,9	1,4	1,7	2,5	1,2
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³	1,4	1,6	2,0	1,3	1,9	2,7	1,3
Sparen	0,8	1,8	1,8	2,5	0,9	2,1	1,3

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Schätzung und Prognose für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁹							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	482,0	484,9	496,2	237,7	247,3	243,8	252,4
Sozialbeiträge	396,5	398,8	401,7	194,2	204,6	195,4	206,3
Vermögenseinkommen	11,6	10,2	10,5	5,3	4,9	5,6	4,9
Sonstige Einnahmen ¹⁰	66,2	70,2	68,5	34,9	35,3	32,6	35,9
Insgesamt	956,2	964,0	976,9	472,0	492,1	477,4	499,5
Ausgaben							
Vorleistungen ¹¹	254,7	258,1	262,7	123,6	134,4	125,8	136,9
Arbeitnehmerentgelte	166,6	165,8	164,7	78,5	87,3	78,0	86,7
Vermögenseinkommen	63,5	67,9	70,0	33,6	34,3	34,7	35,3
Subventionen	27,5	26,0	25,0	12,4	13,6	12,0	13,0
Monetäre Sozialleistungen	423,3	426,0	426,6	213,5	212,5	213,8	212,9
an private Haushalte	418,4	421,0	421,5	211,0	210,0	211,2	210,3
an die übrige Welt	4,9	5,0	5,1	2,5	2,5	2,6	2,6
Sonstige laufende Transfers	38,0	35,1	40,9	17,8	17,3	20,5	20,5
Vermögenstransfers	33,6	34,9	32,2	19,4	15,5	18,0	14,2
Bruttoinvestitionen	30,4	29,9	31,0	12,9	17,0	13,2	17,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,5	-1,5	-1,5	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Insgesamt	1.036,2	1.042,1	1.051,7	510,9	531,2	515,2	536,5
Finanzierungssaldo	-80,0	-78,0	-74,8	-39,0	-39,1	-37,8	-37,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	0,0	0,6	2,3	0,4	0,8	2,6	2,1
Sozialbeiträge	0,4	0,6	0,7	0,5	0,7	0,6	0,8
Vermögenseinkommen	-32,1	-12,3	3,6	-9,5	-15,1	7,0	0,0
Sonstige Einnahmen ¹⁰	0,1	6,0	-2,4	11,8	0,9	-6,6	1,7
Insgesamt	-0,4	0,8	1,3	1,1	0,6	1,2	1,5
Ausgaben							
Vorleistungen ¹¹	-0,4	1,3	1,8	1,4	1,3	1,8	1,9
Arbeitnehmerentgelte	-0,9	-0,5	-0,7	-0,3	-0,6	-0,6	-0,7
Vermögenseinkommen	-0,4	6,9	3,1	6,7	7,0	3,3	2,9
Subventionen	-4,9	-5,7	-3,7	-7,7	-3,9	-2,8	-4,4
Monetäre Sozialleistungen	0,8	0,6	0,1	0,4	0,9	0,1	0,2
an private Haushalte	0,8	0,6	0,1	0,3	0,9	0,1	0,1
an die übrige Welt	6,0	2,4	2,0	2,0	2,9	2,4	1,6
Sonstige laufende Transfers	-1,5	-7,7	16,6	-3,3	-11,7	14,9	18,4
Vermögenstransfers	-5,8	4,0	-7,7	1,9	6,6	-7,2	-8,4
Bruttoinvestitionen	-4,6	-1,9	3,9	-2,9	-1,1	2,7	4,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-0,5	0,6	0,9	0,5	0,6	0,8	1,0

1 Berechnungen des IAB und des DIW Berlin.

2 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) je Erwerbstätigenstunde.

3 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

5 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen.

6 Empfangene abzüglich geleisteter Transfers.

7 Ausgabenkonzept.

8 Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.

9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

10 Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen.

11 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Boriss Siliverstovs and Dierk Herzer

Manufacturing Exports, Mining Exports and Growth: Cointegration and Causality Analysis for Chile 1960–2001

This study examines the export-led growth hypothesis using annual time series data from Chile in a production function framework. It addresses the problem of specification bias under which previous studies have suffered and focuses on the impact of manufactured and mining exports on productivity growth. In order to investigate if and how manufactured and mining exports affect economic growth via increases in productivity, the study uses Johansen cointegration technique. The estimation results can be interpreted as evidence of productivity-enhancing effects of manufactured exports and of productivity-limiting effects of mining exports.

Diskussionspapier Nr. 497
Juni 2005

Ulrich Fritsche and Jörg Döpke

Forecasts Errors and the Macroeconomy – A Non-linear Relationship?

The paper analyses the reasons for departures from strong rationality of German business cycle forecasts based on annual observations from 1963 to 2004. We rely on forecasts from the joint forecast of the so-called "six leading" forecasting institutions in Germany. We test for a non-linear relation between forecast errors and macroeconomic fundamentals and find evidence for such a non-linearity for inflation forecasts. Evidence from probit models further suggests that some macroeconomic fundamentals – especially monetary factors – correlate to large positive or negative forecast growth and inflation forecast errors.

Diskussionspapier Nr. 498
Juni 2005

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Abo-Betreuung durch
Abonnenten Service Center GmbH
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch
Marlener Str. 4
77656 Offenburg

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Abteilung Information und Organisation zulässig.

**Der nächste Wochenbericht
erscheint am 13. Juli 2005.**